

21.3.1929

Jahrgang IX Nr. 6

Stadt  
Bücherei

2. Märzheft 1929

# Der Heimatdienst

Mitteilungen der  
Reichszentrale für Heimatdienst  
Nachdruck ländlicher Beiträge  
nur mit Quellenangabe gestattet

Aus dem Inhalt: Friedrich Ebeling, Die Deutschen, ein Hundert-Millionen-Volk; Karl Trampler, Der europäische Nationalitätenkongress; Reichsjustizminister Erich Koch-Weser, Weltwirtschaft; Erich Tarnow, M. b. B., Kaufkraft und Römerkultur; Paul Dr. Paul Niedberger, Alte und neue Freiheit; Dr. Werner Peiffer, Zum deutschen Buchdruck; Oberstaatsrat Dr. Bernhard Schefeldt, Neuordnung der Heimatdienste; Stephanus, Ministerhelden in Slowenien.

in Kommission:

Zentralverlag g. m. Berlin W 35  
Handelsamt 2.000.000 200 Mark  
Erscheint zweimal monatlich  
Durch jedes Postamt zu bestellen



# Die Deutschen, ein Hundert-Millionen-Volk.

Von Dipl. oec. Friedrich Ebeling.

Nur wenige Völker leiden unter dem tragischen Schicksal, daß den dritten Teil ihrer Volksgenossen außerhalb der Grenzen des Mutterlandes zu wohnen. Neben Ukrainer, Ungarn und Polen steht das Deutscheum ein starkes Kontingent der europäischen nationalen Minderheiten, die sich im Osten und Südosten Europas auf fast alle Staaten verteilen, während die Sprachengrenze im Westen Europas verhältnismäßig scharf verläuft. Deutsche Minderheiten weitaus der Reichsgrenzen sind erst durch den Verfaßter Friedensvertrag entstanden und finden sich allein in Elsaß-Lothringen und Belgien. Durch dieses, dem proklamierten Selbstbestimmungsrecht der Völker widerstrebende Diktat wurden insgesamt 3,6 Millionen Deutsche vom Mutterlande abgetrennt, und zwar

Abgetrennt an	qkm	Gesamt- bevölkerung	Daron deutscher Mutterlandsprache		Gesamt v. %
			deutsch	deutsch	
Polen	46 142	5 855 000	1 450 546	57,1	
Frankreich	14 522	1 874 000	1 657 655	87,4	
Dänemark	5 993	166 000	49 904	24,7	
Litauen	2 657	141 000	75 809	52,4	
Freie Stadt Danzig	1 914	551 000	318 575	96,2	
Belgien	1 056	60 000	49 561	82,6	
Ungarn	514	48 000	7 175	14,9	
	70 579	6 474 000	5 558 022	54,9	

Die Ziffern, die der Muttersprachenstatistik für 1910 entnommen sind, bedürfen jedoch einer grundlegenden Korrektur. Trotz der Fremdsprachigkeit vieler Siedlungen des deutschen Gemeinschaftsgebietes so in Fleisch und Blut übergegangen, daß auch große Teile der Masuren, Polen, Wenden, Dänen, Litauer usw. als Deutsche anzusprechen sind. Ein Beweis dafür sind die bekannten glänzenden Abstimmungsergebnisse und die Zahl der Stimmen, die in den abgetrennten Gebieten bei politischen Wahlen für deutsche Listen abgegeben worden sind. Andererseits hat die Zahl der Deutschen vornehmlich in den an Polen gebliebenen Gebieten durch freiwillige und mehr noch durch erzwungene Abwanderung eine Minderung erfahren.

Nächst dem Deutschen Reichs hat das ehemalige Österreich-Ungarn durch den Zerfall der Doppelmonarchie die größte Einbuße an Deutschen erlitten. Im Jahre 1910 wurden in Österreich 9 951 000 Deutsche = 55,6 v. H. und in Ungarn 2 057 000 = 9,8 v. H. der Gesamtbeförderung ermittelt. Von diesen verblieben 6 005 562 im Staatsverbande der Republik Österreich, der Rest verteilt sich auf fünf verschiedene Staaten, nämlich Tschechoslowakei: 3 218 000, Ungarn 551 200, Jugoslawien 508 100, Rumänien 534 400 und endlich Italien 222 000. Die Differenz zwischen der Gesamtzahl Österreich-Ungarns und der Nachfolgestaaten erklärt sich aus der inzwischen vorgangenen Entdeutscheung, vor allem aber aus der nicht einwandfreien Statistik der betreffenden Länder. Südtirol, d.h. das alte Tirol, und Rumänien beherbergten schon vor dem Kriege deutsche Minderheiten, und zwar Serben 5200 und Rumänen einschließlich der Dobrudscha 29 400. Auch in Alt-Italien wurden deutsche Mehr- und Minderheitsgemeinden festgestellt. Ebenso lebten schon vor dem Kriege in Kongresspolen und den an Polen gefallenen russischen Provinzen 120 000 Deutsche. Aufgrund selbst wurden bei der letzten Volkszählung 1 000 000 Deutsche ermittelt, die zumtheil in geschlossenen Siedlungsgebieten leben, während in Litauen (ohne Memelgebiet) etwa 30 000, in Lettland 71 000 und in Estland 19 000 Deutsche gesiedelt wurden. Dazu kommen in der Schweiz 2 751 000, in Luxemburg 243 000 und in Liechtenstein 12 000, ferner in anderen europäischen Staaten (zumeist Reichsdeutsche) 119 000 Deutsche.

Die Tatsache, daß die Notlage der meistens europäischen Minderheiten, wenn sie auch in ihren Abwanderungen verfehlten, in dennoch auf die gleiche Ursache, das System der Mehrheitsgesellschaft, juristisch zuließen, mußte notwendigerweise bei allen nationalen Minderheiten Europas einen guten Boden für den Gedanken schaffen, sich untereinander zu verhandeln, sich auf eine einheitliche Gesamtform zu einigen und den Kampf um die große prinzipielle Vergesellschaftung Europas zusammenzuführen.

Diese notwendige Zusammensetzung der europäischen Minderheiten allein konnte jedoch noch nicht für die Zusammenarbeit ausgenutzt werden, bevor eine Übersicht über diese Bewegung geschafft war. Erst nachdem eine Reihe hervorragender Persönlichkeiten zusammengefunden hatten, war die Möglichkeit des Zusammenschlusses gegeben.

Zahl der Deutschen in der Welt (in 1000):

	Amtliche Zählung vom	Zählung Bund Bundesrepublik Deutschland	Wissenschaftliche Schätzung 1925		Gesamt v. % Bund Bundesrepublik Deutschland
			höchste	niehere	
Deutsches Reich	1925	63 225,0	—	—	—
Österreich	1925	6 005,5	6 300	6 100	94,9
Chechoslowakei	1921	5 217,9	5 500	5 550	25,2
Schweiz, Luxemburg	1920/1922	5 022,1	5 131	2 941	73,9
Frankreich	1921	1 654,3	1 900	1 500	4,5
Polen	1921	1 058,9	1 500	1 100	4,9
Österreich	1920	910,6	1 500	1 000	1,5
Ungarn	1920	715,9	1 040	750	5,8
Ungarn	1920	551,2	600	550	7,0
Südtirol	1921	515,5	800	550	5,5
Danzig	1925	548,5	560	340	95,4
Italien	1921	195,6	300	225	0,6
Württemberg (einschl. Württemberg)	1925/1925	190,3	241	125	5,6
Belgien	1920	98,5	150	120	1,8
Dänemark	1921	40,2	80	41	1,9
Andere	1920/1925	69,9	254	88	—
		90 510,8	100 455	90 634	5,1

<sup>1</sup> USA und Kanada. <sup>2</sup> Mittelöstliches Russland. <sup>3</sup> einschl. Frankreich, Flandernregion.

In den außereuropäischen Ländern sind naturgemäß Sprachgruppen sehr selten. Nur für das australische Australien, die Einwanderungsstaaten ermittelten Deutschen vor. Im übrigen ist die Wissenschaft auf Schätzungen angewiesen, für die die deutsche Auswanderungsstatistik und die Meldungen privater deutscher Vereinigungen eine brauchbare Grundlage bieten. Nach den genannten Überseestaaten leben die meistens Deutschen in Brasilien (600 000), in Argentinien (150 000), Chile (50 000), in der südafrikanischen Union (50 bis 60 000), in Queensland (56 000), Südaustralien (44 000), und schließlich müssen auch die Deutschen in den französischen Fremdenlegion lebend auf wenigstens 30 000 angenommen werden.

Allein die Zahl der amlich festgestellten Deutschen in der Welt befestigt sich auf 90 211 000, die höchste Schätzung für 1925 auf über 100 Millionen. Nimmt man von beiden Zahlen das Mittel und fügt den Geburtenüberschuss mit 7 v. T. an, so erhält das deutsche Volk Ende dieses Jahres die statliche Zahl von 97 Millionen überstreichen. Damit ist es mit 17,5 v. H. der europäischen Bevölkerung das größte Volk Europas und wird in der Welt nur noch von China, Indien und Russen übertroffen. Die deutsche Regierung bringt ebenso wie die Allgemeinheit heute dem Auslandsdeutschum größeres Interesse entgegen und ist bemüht, daß mit dem Mutterlande zu verbinden, als es leider vor dem Kriege der Fall war. Daher ist zu hoffen, daß die Deutschen in Zukunft nicht nur Kulturdörfer für fremde Völker sind, sondern daß sich der Einfluß eines hochentwickelten 100-Millionen-Volkes gegensteht für die deutsche Heimat und das deutsche Volk auswirken wird.

## Der europäische Nationalitätenkongress.

Von Kurt Tompler.

Unter den deutschen Minderheiten und auch unter den Minderheiten anderer Nationalität hatte bereits etwa um das Jahr 1922 eine Fühlungsnahme über ein gemeinsames Vorgehen stattgefunden. Im Jahr 1924 wurde dieser Gedanke der Gemeinschaft durch die Initiative des Deutschbalten Dr. Ernold Ammende auf eine Zusammenarbeit aller europäischen Minderheiten ausgedehnt. Erregte an, zur Feststellung der alten Minderheiten gemeinsamen Forderungen einen Kongress der organisierten nationalen Gruppen in den Staaten Europas einzuberufen. Die von ihm im Frühjahr 1925 verfaßte Denkschrift "Gründe, Richtlinien und Programme für eine Tagung der Vertreter aller organisierten nationalen Gruppen in Europa" ist dann auch in der Folge der Grundlage der ersten europäischen Nationalitätenstagung vom 14.–16. Oktober 1925 in Genf geworden.

Solche Kongresse haben inzwischen bereits drei stattgefunden. Der erste tagte 1922 in Genf. Die Verbindung zwischen den verschiedenen Tagungen wird durch einen vom Kongress erwählten Ausschuss, sowie durch die händige Geschäftsstelle, deren Leiter der Generalsekretär ist, aufrechterhalten. Somit ist heute eine Organisation der europäischen Minderheiten geschaffen, die die überwiegende Mehrzahl der europäischen Minderheitengruppen umfasst.

Die Gesamtzahl der im Kongress durch ihre berufenen Repräsentanten, meist ihre Parlamentarier, vertretenen Minderheitenangehörigen beträgt heute etwa 40 Millionen.

Es war für die europäischen Nationalitätenkongresse ein ungewöhnlich großes Glück, daß sich sowohl in ihrer Vollversammlung, wie auch in ihrem Präsidium eine Anzahl führender Männer zusammengefunden hat, die, im Geist des Nationalitätenkampfes gereift und erfahren, mit Gedanken prophetischen Weitblicks an der Gestaltung des Schicksals ihrer Völker arbeiten.

Besonders genannt sei als bahnbrechender Führer der Bewegung der Präsident des Nationalitätenkongresses Dr. Josip Wilson, der Vertreter der slowenischen Minderheit im italienischen Parlament. In ihm hat die europäische Nationalitätenbewegung einen ausgewachsenen Führer von reinem und lauterem Willen, ungewöhnlicher Selbstlosigkeit und höchster Besinnung gefunden, der bei allen Minderheiten gleich große Verehrung, bei den Gegnern ungleiche Achtung genießt. Dem Präsidenten steht als einziger vom Kongress bestimmter Funktionär, der Generalsekretär Dr. Wolf Almende, zur Seite, in dessen Händen sich die schwierige Aufgabe der Voraussetzung zu den Kongressen, sowie der Aufrechterhaltung der Verbindung zwischen allen am Kongress vertretenen Gruppen befindet.

Unter den Führern der deutschen Gruppen ragen besonders hervor Dr. Schiemann, der bekannte Führer der Deutschen in Lettland und zugleich deutscher Vertreter im Kontraherpräsidium, Dr. Werner Kugelblatt, der Schöpfer der königlich-deutschen Kulturautonomie, Abg. Dr. Brandis, der Führer der Siebenbürgen-Sachsen, Landrat a. D. Dr. Neumann, der die Deutschen in Polen vertritt und insbesondere ebenso wie Dr. Schiemann, Dr. Schmidt-Wodder und Dr. Brandis, wesentliche Verdienste um die Gestaltung der Idee der Volksgemeinschaft dat. Die jüdischen Gruppen verfügen in Dr. Leo Moskin und Dr. Margulies und dem Abgeordneten Robinson über hervorragende Vertreter. Die angeschlossenen Gruppen fallen neben Dr. Gogu u. Szills vor allem im Vizepräsidenten der ungarischen Partei Rumäniens und Leiter ihrer Minderheitensetzung Dr. v. Jakabffy einen ausgezeichneten Mann. Ebenso wie auch die Mitarbeit der beiden katalanischen Vertreter Prof. Maspons Anglaf und Direktor Echierol überaus wertvolle neue positive Gesichtspunkte ergab. Von den Russen sei der Dopcarer Universitätsprofessor Abg. Kutschinski und von den Ukrainern der Führer der Ukrainer im polnischen Sejm, Dr. Dr. Lewydi, und von den Tschechen Parteisekretär Strnad genannt. Es würde zu weit führen, alle bedeutenden Männer dieses Kongresses einzeln aufzuführen. Unter ihrer Leitung ist der Kongress geradezu eine Werkstatt emporziehender neuer Gedanken geworden. Die Synthese prahlender Politik mit ethischen Gedanken freiheitlicher Neuordnung der Völkerbeziehungen wird – damit soll eine Überzeugung ausgesprochen sein – aus den Reihen dieser Führer der Unterdrückten geboren werden und ihre Namen werden in der Geschichte befehlen, wenn die Namen ihrer Unterdrücker bereits längst vergessen sind.

Die Arbeit der europäischen Nationalitätenkongresse ist nicht wirkunglos geblieben. Zunächst hat sie eine Arbeitsgemeinschaft der europäischen Minderheitengruppen geschaffen, der die überwiegende Mehrzahl aller dieser Gruppen angehört. Die Zusammenarbeit aller Gruppen hat bereits für manche Gruppen reiche Früchte getragen. Auf Grund der Einigung auf dem Kongress haben die Minderheiten innerhalb verschiedener Staaten (z. B. Polen) ihre Wahlrechte blockiert und sind so zu erheblich höheren Mandatszahlen für die Vertretung in den gesetzgebenden Körperschaften gelangt. Teilweise haben sie gemeinsame Organe herausgegeben, in

denen sie solidarisch ihre Forderungen an die Staatsleitung vertreten. So ist innerhalb der Staaten das Gewicht der nationalen Minderheitsgruppen erheblich gewachsen.

Auch über die Grenzen einzelner Staaten hinaus ist durch diesen Zusammenschluß von über 40 Millionen Menschen die Bedeutung der Nationalitätenfrage stärker ins Bewußtsein der öffentlichen Meinung eingedrungen. Eine der Hauptaufgaben der Nationalitäten, die neuen Gedanken des Nationalitätenrechts und damit der neuen Regelung der Völkerbeziehungen überkauft über die ganze europäische Menschheit, auch über die Staatsvölker zu verbreiten, ist durch diesen Zusammenschluß eigentlich überhaupt erst möglich geworden. Was die einzelne Gruppe niemals vermoht hätte, das vermag hier der Zusammenschluß der verschiedenen Nationalitäten mit dem Ziel der Durchsetzung eines großen neuen Rechtsprinzips. Diese allmähliche Auslösterung der im Gedankenkreis des omnipotenten Staates erwarteten Mehrheitsvölker ist oft nur schwer nachzuvollziehen. Sie kommt aber doch in verschiedenen Anzeichen lebhaft zum Ausdruck. Die Behandlung der Nationalitätenfrage in der europäischen Presse nimmt von Jahr zu Jahr zu. Die Entschließungen der Kongresse werden mehr und mehr als fachliche Verhandlungsgrundlage für die Reform des Nationalitätenrechts genannt und die Gedankengänge der Kongresse haben in den Verhandlungen des interparlamentarischen Union und insbesondere in den Verhandlungen des Weltverbandes der Union der Völkerbundsländer viele Wurzeln gelegt.

So hat die Minderheitenskommission des Weltverbandes der Völkerbundsländer eine der Grundforderungen der Kongresse, jährl. Illustrationen zwischen Vertretern der Staatsvölker und der Minderheitsvölker einzurichten, ausgeführt und möchte eine immer größere Annäherung an die programmatischen Forderungen des Kongresses. Diese Annäherung kam auch auf dem Kongress von Sofia (1927) und noch mehr auf den Kongress im Haag (1928) zum Ausdruck.

Ein wesentliches Aufgabengebiet der Minderheitsführer, das sich infolge der gewonnenen Solidarität eröffnet, ist die Einwirkung auf die innerstaatliche Nationalitätenrechtsetzung. Hier ist die Möglichkeit angedeutet worden, daß die Führer der Nationalitätengruppen auf die Teile ihrer Volksgemeinschaft, die in einem anderen Staat die Mehrheit bilden, einwirken, daß diese Mehrheitsgemeinschaften in den von ihnen beherrschten Staaten eine den Forderungen des Kongresses entsprechende Gesetzgebung einführen.

Zusammenfassend: Es ergibt sich aus der die Kultur der einzelnen Völker erhalten, aber durch die gemeinsame Herausbildung des Prinzipien der neuen Gestaltung Europas völkerverbindende Tätigkeit der europäischen Nationalitätenkongresse eine Form von Zukunftsmöglichkeiten. Es ergibt sich daraus, wenn die Staaten sich dieser neuen Bewegung nicht in Erfahrung in überalterten Formen verschließen, die Möglichkeit, die Neuordnung des Verhältnisses zwischen Staaten und Dörfern in Europa in evolutionärer Form zu vollziehen. Wird auf diese neue Bewegung jedoch nicht geobachtet, so dürfte auf die Dauer die revolutionäre Gestaltung von der allerdings fraglich ist, ob an ihrem Ende nicht der Zusammenbruch Gefestigtes Europa stehen würde, kaum zu umgehen sein. Es ist das Verdienst des Kongresses, die europäische Menschheit vor eine ganz klare Wahl gestellt zu haben:

Er hat als Rechtsgedanken die ideale Freiheit und die materielle Gleichberechtigung ausgestellt.

Die europäischen Staatsvölker haben zu entscheiden, ob sie gewillt sind, ihre Politik zur Funktion dieses Rechtsgedankens zu machen und damit den Frieden zu erhalten, oder ob sie ihre Politik weiter als Funktion eines der Entwicklung des Rechtsbewußtseins nicht mehr entsprechenden tatsächlichen Rechtszufrieden, der dem Rechtsgedanken widerspricht, ausführen wollen und damit die Lösung der großen europäischen Fragen unmöglich machen.

Nochmals: Die Wahl ist gestellt! Die Staaten Europas haben zu wählen!

Mit Genehmigung des Verlages A. Oldenbourg, München, veröffentlichte von der aus dem soeben erschienenen, dem Problem der Minderheiten gewidmeten vorzeitlichen Ausgabe von Kurt Lampert, Staaten und Nationale Gemeinschaften. Die Professoren von Salter und Haushofer haben dem gründlichen Buche Einleitungsworte vorangestellt.

## Weltwirtschaft.

Aus einer Rede, gehalten zum Jubiläum der Deutschen Weltwirtschaftlichen Gesellschaft.

Von Eric Koch-Weser, Reichsjustizminister.

Niemals sonst ist in der Welt die riesenhafte Aufgabe gelöst worden, innerhalb enger Grenzen ein Volk von 40 Millionen auf 70 Millionen Einwohner zu bringen. Fast immer haben diese Fragen entweder Eroberungskriege gelöst oder Dezimierungen der Bevölkerung durch Auswanderung oder durch Krieg und Pestilenz erledigt. Nur indem Deutschland vor dem Kriege in enger Verbindung mit der Weltwirtschaft Waren austauschte und die dadurch gewonnenen Kapitalien zur Ausdehnung seiner heimischen Pro-

duktionsstätten benutzte, war es möglich, die sich mehrende deutsche Bevölkerung im eigenen Lande und in erträglichen Lebensbedingungen zu halten.

Sich abwendend von den großen Werken des Friedens hat vier Jahre lang menschliche Kraft in unmenschlichem Ringen Übermenschliches geleistet. Als sich die Menschheit auf sich selbst befreit, war die Welt und die Weltwirtschaft eine andere geworden.

Außen europäische Märkte sind hochgekommen. Das autarke Amerika ist ein Land des Kraftüberschusses geworden, das nach fremden Märkten und Kapitallagen streift. Es ist wirtschaftlich Europa mehr abgewandt als früher, indem es sich neue Märkte in Südamerika und jenseits des Stillen Ozeans zu erschließen sucht. Es ist auch politisch europäische und europäomische geworden. Das spanische Südamerika ist zum Gesäß seiner Kraft und Selbständigkeit erwacht. Rückland hat sein wirtschaftliches, politisches und kulturelles Verhältnis zu Europa fast völlig gelöst und sperrt sich durch sein Außenhandelsmonopol von weltwirtschaftlicher Durchdringung ab. Im britischen Weltreich sind im Verhältnis zwischen Mutterland und Dominions die Bände des Befehlsgewalt und Disziplin zerstört. Der unmögliche Gedanke der wirtschaftlichen Autarkei dieses Reiches wird kaum noch verfolgt, der Zusammenhalt besteht, seifer als mancher glaubt, nur noch in der kulturellen Zusammengehörigkeit und der gemeinsamen Lebensauffassung. England geht auch daran, das Verhältnis zu seinen Kronkolonien vorbeugend umzugestalten.

Diesem zielbewußten Streben gegenüber ein balfantisches Europa: 35 Staaten, 26, 27 Währungen, hat 15, 20 Zollgebiete, fast 26, 11.000 Kilometer neue Zollgrenzen, ein Europa, das es in seiner Hinsicht zu einem gemeinsamen politischen und wirtschaftlichen Abwehrwillen bringt. „Europa will“, darf man nur in Rückland, „Europa sollte“ wollen, in Amerika.

Und in diesem Europa ein Deutschländ, dem der Verfasser Vertrag gründlegende Strukturwandlungen gebracht hat durch Abtretung von Gebieten mit hoher landwirtschaftlicher und industrieller Produktivkraft, ein ausgebüßtes, verbittertes, schwer loslöstes Volk, das durch Kriegsausgang und Wiederfahrt an den Rand des Verderbens gebracht ist. Innerhalb dieses Volkes unerhörte Umstürzungen im Altersaufbau, im Prozenzsalz erwerbstätiger Erwachsener, in der Berufsteilung. Eine gleiche Umwidmung in Vermögen und Einkommen: eine soziale Herausbildung weiter Bevölkerungsschichten, und zwar gerade derjenigen, die Jahrhunderte hindurch die kulturellen Leistungen des Volkes maßgebend beeinflußt haben. Weiter die Zusammenballung von Wirtschafts-

einheiten, die mit den politischen Gebietseinheiten der Länder nicht mehr übereinstimmen und immer mehr mit dem politisch-territorialen Aufbau tollstören. Endlich die alte Raumnot in noch gesetzterem Umfange. Landwirtschaftliche Siedlungsmöglichkeiten im eigenen Lande, auch der günstigeren Berechnung, nur noch für höchstens 2 Millionen Menschen.

Und dieses Volk sieht sich vor eine Aufgabe gestellt, wie sie kein Volk je geleistet hat. Schon die Vorkriegsaufgabe, die eigene Bevölkerung im eigenen Lande arbeitswilling und arbeitsfreudig zu erhalten und zu ziehen, war schwer genug. Sie wird von England nur mit Hilfe seiner Auslandsanlagen geleistet, deren Errichtung mit rund 8 Milliarden Mark den ganzen englischen Einflußraum ausgleicht. Sie wird in Amerika nur geleistet, weil der amerikanische Arbeiter ein Drittel der Rohstoffe der gesamten Welt für seine Produktion zur Verfügung hat. Das Nachkriegsdeutschland aber soll ohne solche Hilfsmittel, ohne erwartetes Kapital, auf soinem Land mit geringen Rohstoffen darüber hinaus noch ungeheure Tribute an seine Gegner zahlen. Und um diese Leistungen zu vollbringen, daß das deutsche Volk nichts zur Verfügung als Kopf und Hand seiner Menschen, die für die Welt produzieren müssen, um selbst am Leben zu bleiben. Waren wir neuen Ländern nicht durch Jahrhunderte der Volksbildung und Volkszerziehung in der Menschentum voraus, die Arbeit wäre unmöglich. Selbsterwerben aber gehört auch so dazu, um diese Arbeit heranzuziehen.

Wahrlich eine Arbeit, die ohne methodischen Geist und wissenschaftliche Erkenntnis vergleichbar sein würde. Eine Arbeit, die weder allein in der Werkstatt des Praktikers, noch in der Forscherstube des Gelehrten gelöst werden kann. Eine Arbeit, bei der Wissenschaftler und Praktiker, Gelehrte und Kaufleute, Unternehmer und Arbeiter in regem Gedankenaustausch mehr zusammenstehen müssen als je. Eine Arbeit, die nur demütig werden kann, wenn es gelingt, auch die anderen Völker auf den Weg weltwirtschaftlicher Verständigung zu bringen, den die Weltwirtschaftskonferenz des Völkerbundes gewiesen hat und den Deutschland zu betreten bereit ist . . .

## Kaufkraft und Konjunktur.

Von Fritz Tarnow, M. d. R.

Die kürzeste Formel für eine Wirtschaftsauffassung, die häufig angetroffen werden kann, heißt: mehr arbeiten und weniger verbrauchen, damit der nationale Reichtum wächst. Nichts scheint einfacher und logischer zu sein: wenn wir in unserer Volkswirtschaft mehr verbrauchen als erzeugen, werden wir arm — wenn wir mehr erzeugen als verbrauchen, werden wir reich.

Wenn die Wirtschaft eine mathematische Angleichtheit wäre, könnte die Rechnung auch stimmen. Die ökonomischen Zusammenhänge sind aber ganz andere Natur, und zwar so, daß sie uns gar nicht gestatten, wenig zu verbrauchen und viel zu erzeugen. Es genügt, darauf hinzuweisen, daß wir gegenwärtig über 2½ Millionen Arbeitslose haben, die die Mahnung an das deutsche Volk, mehr zu arbeiten und weniger zu verbrauchen, doch wohl mit eisigerem Gefühl empfinden müssen.

Warum wird der Produktionsapparat nicht voll ausgenutzt? Die Antwort ist sehr einfach: die Fabrikanten haben keine Aufträge und senden für die Arbeiter keine Beschäftigung. Anders gefragt: die Abschlagsmöglichkeit für die deutsche Wirtschaft ist viel geringer als ihre Produktionsfähigkeit. Eine weitere Einschränkung des Verbrauchs müßte deshalb zwangsläufig zu einer noch weiteren Einschränkung auch der Produktion führen. Das zieht nicht nur eine Verminderung der volkswirtschaftlichen Reichtumsneubildung, sondern auch Entwertung des vorhandenen Kapitals, das ja zum allergrößten Teil im Produktionsapparat investiert ist. Je mehr der Verbrauch und der Absatz zurückgehen, um so größere Teile des vorhandenen Kapitals werden vernichtet, um so größere Teile der reichtumschaffenden Produktionskräfte werden brachgelegt. Und daß diese Methode der sicherste Weg zur Vergrößerung des nationalen Reichtums wäre — das klingt doch sehr wenig plausibel.

Allerdings habe ich einen Faktor noch nicht erwähnt, nämlich den Export. Angenommen wir vermindern unseres eigenen Güterverbrauchs um 10 o. 15 %, unserer gesamten ökonomischen Erzeugung und exportieren die nicht verbrauchten Güter ins Ausland, dann würde in der Tat der Erlös daraus zur Kapitalbildung verwendet werden können. Diese Rechnung hat nur den Fehler, daß

ein pulsälder Export in dieser Höhe überhaupt nicht zu erreichen ist. Man stößt zwar häufig auf die Meinung, daß wir die Ausfuhr gewaltig vermehren könnten, wenn durch eine allgemeine Senkung unseres Sozialniveaus die Gesamtumsatzung so verbilligt würde, daß deutsche Waren auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig würden. Das sieht aber entgegen, daß in der ganzen Welt eine starke industrielle Überkapazität vorhanden ist. Überall besteht eine starke Bedürfnis, mehr auszuführen als einzuführen, und die Länder neigen sich mit den Mitteln der Zoll- und Handelspolitik gegen eine Überflutung ihrer Märkte mit Auslandsgütern. Nach der vorhandenen Situation in der Weltwirtschaft kann die deutsche Wirtschaft auf eine wesentliche Steigerung der Ausfuhr nur dann rechnen, wenn sie auch eine größere Einfuhr mit in Kauf nimmt. Das Problem der Kapitalbildung kann dadurch nicht gelöst werden.

Wenn ich der Meinung Ausdruck gebe, daß die Wiederherstellung eines genügend großen Eigenkapitals in der deutschen Wirtschaft vorläufig weder durch allgemeine Verbrauchseinschränkung, noch durch Ausfuhrsteigerung möglich ist, so heißt das nicht, daß es überhaupt nicht möglich wäre. Es kommt nur auf den Zeitpunkt und den Zeitraum an, den man dafür in Aussicht nimmt. Die Bildung neuen Kapitals hängt davon ab, wieviel von dem bereits investierten Kapital der Belegschaftung hat, das heißt, ein wie großer Teil der vorhandenen Produktionsfähigkeit ausgenutzt wird. Je mehr wir uns der hundertprozentigen Ausnutzung nähern, um so mildeloser wird die Kapitalbildung gelingen. Die Ausnutzung der letzten 10 oder 20 o. 30 % der vorhandenen Produktionsfähigkeit bildet am leichtesten neues Kapital. Einer nur halb beschäftigten Volkswirtschaft der gesamten ökonomischen Naturgesetze die Erreichung dieses an sich natürlich durchaus wünschenswerten Ziels.

So ist auch vom Gesichtspunkt der Kapitalbildung aus die bessere Ausnutzung der vorhandenen Produktionsfähigkeit nicht als ein Resultat vorangegangener Kapitalbildung, sondern als die Voraussetzung dafür anzusehen. Es muß die Wirtschaft in Gewinn sein, dann kann Kapital gebildet werden. Wenn dagegen eingeworben wird, erzi muß Kapital da sein, damit die Wirtschaft in Gewinn kommen kann, so ist auch das richtig. Nur darf man

## Der Heimatdienst

unter Kapital in diesem Sinne nicht unbedingt nur eigenes Kapital vertheben, es kann auch ausländisches sein. Wenn wir dieses dazu benutzen, unsere Produktionswirtschaft auf solle Tonnenzahlen zu bringen, dann werden wir — trotz Schuldenlast und Amortisation — schneller zu Eigenkapital kommen als wenn unter Verzicht auf Auslandskredite nur mit halber Kraft gearbeitet würde.

Nur wenn es gelingt, die Aufnahmefähigkeit unseres eigenen Marktes an die Produktionskraft anzulegen, erscheint das Wirtschaftsproblem lösbar. Diese Aufnahmefähigkeit wird bestimmt durch die Kaufkraft der Bevölkerung, und wenn man bedenkt, daß die deutsche Nation zu 70 v. H. von Einkommen aus Arbeitslohn lebt, dann läßt sich das ebenso ausdrücken: die Aufnahmefähigkeit für die deutsche Produktionswirtschaft wird bestimmt durch die Höhe des Lohnniveaus.

Natürlich kann die volkswirtschaftlich mögliche Lohnhöhe nicht willkürlich festgesetzt werden. Sie muß im Zusammenhang bleiben mit der Leistungsfähigkeit der Gesamtwirtschaft. Wie steht es aber damit? In der ersten Zeit nach dem Kriege ging die allgemeine Aufstellung dahin, daß es wohl Jahrzehnte dauern würde, bis der gefamiliärtechnische Produktionsapparat wieder seine frühere Leistungsfähigkeit erreicht haben könnte. Wie haben im Jahre 1922 eine amtliche Beratung und Betriebsratstafel gehalten, daß es geläufig, einige Vergleiche mit der vorangegangenen Statistik im Jahre 1907 zu ziehen. Dieser Vergleich belehrte uns dahin, daß die gefamilierte Produktionskraft unserer Volkswirtschaft trotz der Rückgangsperiode während des Krieges nicht geringer geworden ist, sondern ganz erheblich größer.

Die Zahl der Arbeitskräfte ist in den 15 Jahren zwischen diesen beiden Statistiken schneller gewachsen als die Zahl der Menschen. Im heutigen Reichsgebiet haben sich die Menschen um 12,5 v. H. die Erwerbstätigen aber um 28,5 v. H. vermehrt.

Um ein vielfaches stärker ist die technische Produktionskraft gewachsen. Auf dem Gebiet der Industrie, also ohne Verkehr und Landwirtschaft, sind sich die im zweiten Kraftmaschinen-P. S. von 73% Millionen auf 17,5 Millionen vermehrt. Rechnet man den Arbeitswert einer Maschinen-Pferdekraft gleich der von 3½ erwachsenen Arbeitern, dann fand uns allein an eisernen Industriearbeitern von 1907 bis 1925 nicht weniger als 30 Millionen zu gewachsen.

Dazu kommt die Steigerung des Ruhespektes sowohl bei der menschlichen wie bei der technischen Kraft. Ich brauche hier nur das Wort „Nationalisierung“ auszusprechen, um auf diese Seite der Entwicklung hinzuweisen.

Auch bei der Rohstoffgewinnung und -verarbeitung erleben wir fortgesetzte große Verbesserungen. Ich erinnere an die Erfindung des künstlichen Stichloches. Die großindustriellen Werke, die sich damit beschäftigen, sind im Grunde genommen Fabriken, die Brot aus der Luft machen. Ich erinnere an die Erfindung der Koblenzverfestigung. Wenn die Zeitungsmeldungen richtig sind, kann die eine Anlage der Leunawerke demnächst bereits drei Viertel des gesamten deutschen Eisenverbrauchs aus heimischer Kohle herstellen. Man denkt weiter an die Verbesserung der Wärmemerkur, die es gestattet, heute aus einer Tonne Kohle viel mehr Körnerenergie zu gewinnen als vor Jahrzehnten. Bei der Herstellung von Kraftmaschinen wird heute für die gleiche Leistung nur noch ein Bruchteil der Eisenmenge benötigt, die etwa vor 50 oder 40 Jahren erforderlich war. Auch die Erfindung der künstlichen Faserstoffe ist von erheblicher Bedeutung.

Wohin wir auch blicken, überall sehen wir eine Vermehrung der produktiven Möglichkeiten. Früher hatten die Nationalökonomen ständig die Sorge, daß die Menschen sich schneller vermehren könnten, als der Nahrungsangebotsspielraum sich vergrößern ließe. Diese Sorge ist jetzt ins Gegenteil umgeschlagen. Der Lebensraum wächst viel schneller als die Fähigkeit der Menschen, davon Gebrauch zu machen. Es gibt kein Problem, wie wir genügend Güter erzeugen können, um den Bedarf zu decken; es gibt nur noch das Problem, wie wir es anfangen müssen, um soviel zu verbrauchen wie erzeugt werden kann.

Es liegt also so, daß die Wirtschaft nach dem Stande ihres produktiven Könnens durchaus in der Lage wäre, für einen größeren Güterverbrauch im eigenen Lande die Dedung zu schaffen. Es kommt nur darauf an, den Mechanismus des gesamtwirtschaftlichen Apparates entsprechend zu steuern. Die Meinung, daß wir nur damit zu beginnen brauchen, mehr zu arbeiten, um später auch mehr verbrauchen zu können, erweist sich als ein Trugschluss.

Die augenblicklichen Verhältnisse ganz besonders deutlich zeigen, können wir nicht mehr produzieren als Absatzmöglichkeit vorhanden ist. Der Abfall, das heißt der Verbrauch, ist also das Steuerstück für die Gesamtwirtschaft. Steigerung des Verbrauchs führt ebenso automatisch zur Vergrößerung der Produktion wie Verbrauchserschränkung zur Verminderung der Produktion führen muß.

Das sind die Zusammenhänge, die das Kaufkraftproblem in den Vordergrund der Wirtschaftsdebatte gedrängt haben. In jeder Volkswirtschaft muß dieses Problem aufstehen, wodurch die produktiven Kräfte schneller wachsen als die verbrauchenden. Deshalb ist es auch ganz logisch, daß zuerst in den Vereinigten Staaten von Amerika, die ja allen anderen Ländern in der Entwicklung der Produktionskraft vorausgegangen sind, die primäre Bedeutung der Kaufkraft erkannt wurde. Wer die sozialökonomische Literatur der Vereinigten Staaten kennt, wird bestätigt, daß dort nahezu alle Kreise, nicht nur die Arbeitnehmer, sondern auch die Unternehmer, die Wirtschaftspolitiker und die Staatsmänner von der Überzeugung durchdrungen sind, daß die Pflege der Kaufkraft die wichtigste Aufgabe der Wirtschaftsführung ist und daß dafür die Verbesserung des Lohnniveaus das wirksamste Mittel darstellt.

In Deutschland steht diese Erkenntnis noch in den Anfängen. Über man darf damit rechnen, daß sie auch hier weiter durchgesetzt wird. Vorläufig allerdings ist, namentlich bei den Unternehmern, noch die Meinung vorherrschend, daß der Lohn nur ein Kostenfaktor der Produktion wäre und daß die Kunst der Betriebsführung ja gerade darin besteht, alle Produktionsfaktoren, also auch den Lohn, möglichst niedrig zu halten.

„Keine Frage ist so wichtig wie die Lohnfrage — die Mehrzahl der Bevölkerung lebt von Löhnen. Ihr Lebens- und Lohnstandard ist maßgebend für den Wohlstand des Landes.“ Das ist ein Zitat des amerikanischen Automobilförs Henry Ford aus seinem bekannten Buch.

Der amerikanische Handelsminister Davis hat sich ebenso deutlich in diesem Sinne geäußert, als er sagte: „Die Erziehung hat selbst dem oberflächlichsten Beobachter die Falschheit jahrelanger schlechter Wirtschaftspraktiken der Vergangenheit offenbart. Die Politik der niedrigen Löhne ist an hämmerlichen zusammengebrochen. Kein Gegend des Landes, wo niedrige Löhne üblich sind, ist so wohlbekleidet wie jene Gebiete, wo hohe Löhne gezeigt werden. Der Unternehmer, der die Löhne herabsetzt, ist kein guter Geschäftsmann und arbeitet gegen sich selbst. Um es offen zu sagen, er begeht damit einen Diebstahl an der Allgemeinheit. Die Leute sind vorbei, wo irgendwo ein Unternehmer als tüchtig oder schlau betrachtet wurde, der die Lohnsätze zu drücken versucht. Ein solcher Unternehmer ist nicht ein tüchtiger Geschäftsmann, sondern ein Parasit an der Allgemeinheit. Die öffentliche Meinung wird ihn zwingen müssen, einen anständigen Lohn zu zahlen oder aus dem Geschäftseleben auszuscheiden.“

In der deutschen „Industrie- und Handelszeitung“ war kürzlich ein Bericht über die gute Wirtschaftslage in Holland zu lesen, und dazu bemerkte die Zeitung: „Die Gründe für dieses gute Ergebnis liegen nicht nur in der gründsätzlichen Anwendung moderner Maschinen und Produktionsmethoden, sondern auch darin, daß durch verhältnismäßig hohe Löhne weite Kreise der Bevölkerung so große Kaufkraft besitzen, daß den Unternehmungen Abzug und Ausnutzung ihrer Leistungsfähigkeit und daher billige Produktion gesichert werden.“

Es ist nicht einzusehen, warum diese wirtschaftliche Vernunft nicht ebenso oder noch viel mehr sogar in Deutschland Gültigkeit haben soll, wo das Missverhältnis zwischen Produktionskraft und Verbrauchskraft wahrscheinlich größer ist als in irgendinem anderen Lande der Welt.

Wir erleben andauernd umfangreiche Rationalisierungen mit dem Erfolg, daß die Lohnkosten gesenkt werden, daß die gleiche Arbeitsquantität von weniger Arbeitern geleistet wird, ohne daß der Lohnsatz der freigelassenen Arbeiter durch Lohnhöhungen bei den in Arbeit verbleibenden erhebt würde. Aus diesem Vorgang resultiert zu einem großen Teil die gegenwärtige Arbeitslosigkeit, und es ist noch gar nicht zu erkennen, wie wir überhaupt wieder ins Gleichgewicht kommen können, wenn die Fortschritte der Nationalisierung nur immer noch weitere Kaufkraft verhindern statt neue Kaufkraft zu schaffen. Was hat es für einen Sinn, immerfort den Produktionsapparat zu vergrößern und zu verbessern, wenn wir dabei die Produktion immer mehr eingeschränkt müssen? Der Sinn der Wirtschaft ist es, immer mehr Brot für den Verbrauch zur Verfügung zu stellen, nicht aber, immer mehr Brotchen zu bauen und weniger Brot zu bauen.

Bei der gegenwärtigen Situation in der Gesamtwirtschaft, dem unheilvollen Münzverhältnis zwischen den produktiven und den verbrauchenden Kräften, ist es die wichtigste und dringlichste Aufgabe, die Kauf- und Konsumfert der breiten Bevölkerungsmassen zu stärken. Das wäre an sich zwar auch möglich durch eine allgemeine Senkung des Preisspiele. Wir sehen aber, daß selbst unter dem Druck der Abfragkräfte die Preise der Verbrauchsgüter, im ganzen gehegen, nicht heruntergehen wollen, eine Erscheinung, die zusammenhängt mit der zunehmenden Beherrschung des Marktes durch die Kartelle und Monopolorganisationen der Wirtschaft.

Datum ist das wichtigste Mittel der Kaufkraftsteigerung die Erhöhung des allgemeinen Lohnniveaus. Die Frage, woher die Kosten dafür genommen werden sollen, ist dahin zu beantworten, daß die Produktionswirtschaft ganz automatisch zusätzliche Lösungen aufbringt, wenn nur ein zusätzlicher Verbrauch durch den Anfang gibt. Die Erhöhung des Löhns ist deswegen im Spiel der wirtschaftlichen Kräfte nicht ein Vorgang, der die Wirtschaft lädt, wie oft behauptet wird, sondern die Lohnsteigerungen sind im Gegenteil der wirtschaftlichen Motor der gesamtwirtschaftlichen Fortentwicklung.

## Albert Einstein.

Zu seinem 50. Geburtstag am 14. März.

Von Prof. Dr. Paul Kirschberger.

Albert Einstein ist nicht nur ohne Frage der berühmteste deutsche Physiker und einer der hervorragendsten der ganzen Welt, sondern er ist auch einer der namhaftesten und bekanntesten Vertreter unseres höheren geistigen Lebens überhaupt. Das mag vielleicht wundernehmen bei seinem Gebrechen, dessen Forschungsgebiet so weit ab liegt von den geistigen Interessen der Mehrzahl unserer Gedanken, und dessen Lebenswerk zugestandenermaßen dem Verständnis selbst der Fachgenossen erhebliche Schwierigkeiten bereitet. Aber eines wurde der Einzelnen berühmte Lehre, der von ihm geschaffenen Relativitätstheorie, alsbald auch dem Fäien klar: es war eine Gesetzmäßigkeit, deren Bedeutung in ganz ungewöhnlichem Ausmaß über die Grenzen ihres eigentlichen Faches hinausberührte, und die nicht nur die Gedanken der Physiker, sondern auch die der Philosophen und der Mathematiker nachhaltig beschäftigte, ihnen neue und ungewöhnliche Aufgaben stellte, und selbst auf weitere Wissenschaftsgebiete, wie namentlich die Astronomie, einen bedeutenden Einfluß gewann.

In der Tat, physikalisch war bei der Einsteinschen Relativitätstheorie zunächst nur die Fragestellung, aus der sie unmittelbar hervorging. Ihrem Kerne nach war sie ein philosophischer Gedanke, und mathematisch waren die Mittel, die zur Lösung führten. Dieser philosophische Grundgedanke der Relativitätstheorie sieht auf den ersten Blick verblüffend einfach aus: es ist die Behauptung, daß der Raum als solcher und demgemäß auch die Bewegung als solche, nämlich wenn sie bloß im Raum erfolgt, keine Wirkung ausüben könne. Nur ein anderer Ausdruck für diese Leugnung der Raumwirkung ist es, wenn man dem „Aether“ die Existenz abgesprochen wird. Demgemäß mußte Einstein bestreiten, daß beispielsweise die Drehung der Erde, wenn keine anderen Himmelskörper da wären, gegen die sie sich dreht, eine physikalische Wirkung hervorrufen könne. Er mußte die freien Himmelskörper und nicht die Drehung der Erde als solche für die ja sichtbaren Wirkungen verantwortlich machen.

Aber das Wesentliche an Einsteins Leistung ist weniger dieser Grundgedanke als vielmehr die Überwindung der Schwierigkeiten, die sich seiner Durchführung entgeggestellt. Da war zu allererst der Umstand, daß die Lichtgeschwindigkeit im Vergleich mit jeder anderen Bewegung immer dieselbe bleibt. Wir können uns selbst so geschwind bewegen, wie wir wollen, das Licht überholt uns von hinten ebenso schnell, wie es uns von vorn entgegenläuft. Schon das ist für die Auffassung eine sehr harte Auflage! Noch umso größer freilich wurden die Schwierigkeiten, als Einstein seinen Grundgedanken auf jede Art von Bewegung, also auch auf ungleichförmige und unruhige, deren unmittelbare Wirkung doch scheinbar ein jedes verfügt, ausdehnte.

Die Überwindung dieser Schwierigkeiten geschah durch eine tiefgehende Kritik unserer Raum- und Zeitmessung, ferner durch eine vollkommen neue Raumausmessung, die sich von der alten, auf den griechischen Mathematiker Euklid zurückgehenden, merklich unterschied, dagegen die Fortschritte des großen deutschen Mathematikers Riemann weit ausprägt. Die merkwürdigste der Folgerungen, die Einstein aus seiner Raumausmessung zog, war die Behauptung der

Endlichkeit der Welt, die er sich in sich geschlossen, ähnlich einer Kugeloberfläche vorstellte. Auch die Größe der Welt hat Einstein aus seinen Grundannahmen heraus berechnet, und sein Ergebnis stimmt mit den Auffassungen der Astronomen befriedigend überein. Das leichte Hilfsmittel, das Einstein zur Durchführung seiner Gedanken brauchte, war eine von der bisherigen abweichende Auffassung über das Wesen der Schwerkraft, deren Verhältnis durch ihn den schönen Fortschritt seit Newton erfuhr. Neuerdings hat Einstein auch den Elektromagnetismus in den ganzen Gedankenkreis seines Systems einbezogen.

Wie die Relativitätstheorie ihrem Kerne nach ein philosophischer Gedanke ist — sie ist ja auch, gefördert durch den Gedankentausch des großen französischen Philosophen und Naturforschers Ernst Mach erheblich beeinflußt —, so sind auch die Gründe der hier und da noch bestehenden Gegnerschaft gegen die philosophische Natur: es ist die Ablehnung der in erster Linie experimentell arbeitenden Physiker gegen das Überwiegen der rein mathematischen Überlegung — sie sprechen da wohl von der „Schreibtischtheorie der Mathematiker“ in der Naturwissenschaft. Der endgültige Sieg der Relativitätstheorie, der kaum zweifelhaft sein kann, wird daher auch für die Stellung der Mathematik innerhalb unserer Naturforschung entscheidend und deshalb selbst über die unmittelbare Bedeutung der Frage von allergrößter Wichtigkeit sein.

Einsteins Bedeutung als Physiker gründet sich jedoch keineswegs nur auf die Relativitätstheorie. Wohl seine verdienstvolle Leistung ist die Förderung der von Max Planck aufgestellten Quantentheorie, die freilich weniger bekannt ist als die Relativitätstheorie, innerhalb der Naturforschung jedoch eine ihr gleiche Stellung beanspruchen darf. Noch die besteht aus dem Sieg und überhaupt die Strahlung aus einer Art von Atomen, also aus unteilbaren Grundteilen. Einstein war nun der erste, der erkannte, daß die Bedeutung dieser Theorie weit über das Gebiet der Strahlung hinausgriff. Er vermochte beispielsweise einen seit hundert Jahren bekannten, aber seinem Grunde nach unerklärten Satz, nämlich daß Stoffe mit schweren Atomen, wie etwa Quecksilber oder Gold, sich meist genau schwereren Atomen leichter erwärmen im Verhältnis ihres Gewichts, das aber die allgemeine Regel ganz bestimmte Annahmen hat, völlig befriedigend zu erklären und aus der Quantentheorie rednerisch abzuleiten. So wurde Einstein neben Planck der Mitbegründer der Quantentheorie, wie denn auch umgekehrt Planck einer der ersten Physiker geworden, der die volle Bedeutung der Relativitätstheorie erkannte. Die übrigen physikalischen Leistungen Einsteins anzuführen, dürfte wohl zu weit führen. Gemeint ist ihnen allen der außerordentliche mathematische Geschick, durch den die sich scheinbar so willkürlich und unregelmäßig verhaltende Natur dem Rechenkunst des mathematischen Denkers unterworfen wird.

Wie so viele unserer bedeutendsten Geisteshelden, von Kepler anfangen, ist auch Einstein ein Sohn des Schwabenlandes. Er ist zu Ulm an der Donau geboren, wo sein Vater ein kaufmännisches Geschäft betrieb. Seine Jugend verlebte er größtenteils in der Schweiz, wo wie ihn dann auch nach vollendetem Studium zunächst als Haus-



Dr. W. Potter, Berlin

lebter, dann als wissenschaftlichen Mitarbeiter des schweizerischen Patentamtes zu Bern finden. Aber bald eröffnen ihm seine wissenschaftlichen Arbeiten die akademische Laufbahn, die er in Zürich beginnt, um sie nach kurzer Unterbrechung in Prag schließlich in Berlin fortzuführen. Seit 15 Jahren dürfen wir hoch zu den Unseren zählen, was freilich nicht hinderte, daß auch die übrige Welt ihren Teil an ihm beanspruchte. Wohl in allen Kulturländern hat Einstein jumindest gelegentliche Vorträge und Vorlesungen gehalten, von Japan und Palästina angefangen bis nach Nord- und Südamerika. Nach dem Krieg war er einer der ersten, der den Bann mit dem deutschen Forschung und Wissenschaft noch vielfach in der Welt belegt wurden, zu durchbrechen wußte. Auch die französische

Akademie nahm ihn mit hohen Ehren auf, und denkwürdig bleibt es, daß er auch mit seinem Nachgenossen Painlevé, der nebenbei französischer Kriegsminister ist und Ministerpräsident war, Gelehrte über die Relativitätstheorie führte. Als fast selbstverständliche kann es gelten, daß Einstein Deutschland auch beim Völkerbund vertreten, dessen Ausdruck für wissenschaftliche Zusammenarbeit er als Vertreter Deutschlands angedeutet.

In Albert Einstein besteht Deutschland nicht nur einen genialen Physiker, einen herausragenden Mathematiker und einen gründlichen philosophischen Kopf, er hat über sein unmittelbares Wirken hinaus eine allgemeine kulturelle Bedeutung gewonnen und ist ein gewichtiger Altroposon unseres ganzen geistigen Lebens.

## Zum deutschen Buchtag.

Von Oberregierungsrat Dr. Werner Peiser.

Der Gedanke, am Todestag Goethes einen Tag des deutschen Buches zu veranstalten, war gut und macht denen, die ihn in die Tat umsetzen, alle Ehre. Die Frage ist, was der einzelne, was die Bevölkerung in ihrer Gesamtheit von einem jölden Tage sich versprechen, was er ihnen zu bieten hat und vor allem, ob und in welchem Umfang die bleibende Wirkung von einem solchen Tage ausgehen.

Es ist nun einmal so, daß bestimmte materielle Bedürfnisse befriedigt sein müssen, ehe wir uns den gefüllten Dingen — dem, was März den Ideologischen Überbau genannt hat — zuwenden können. So sind wir nur einmal konstruiert, und jedes Pathos, das anderes verhindern will, wird zur hohen Phrasé und zur lächerlichen Geige. Das

auch beim Verleger, mindestens bei dem einsichtigen Verleger, von dem wir hier nur sprechen wollen, daß die Bücherpreise vielfach, man kann wohl sagen im Durchschnitt, zu hoch sind. Es wäre außerordentlich begrüßenswert, wenn die zahlreichen Untersuchungen, die

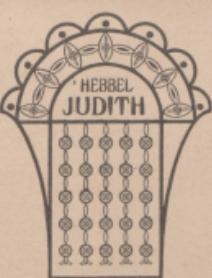
gerade in den letzten Jahren über die Ursache der gewaltigen Spanne zwischen Erzeugungskosten und Marktpreis angestellt worden sind, endlich zu einem alle Teile befriedigenden Ausgleich führen. Denn alle Interessen des Buches, der Verleger, der Kaufwillige Käfer, der Sortiment, haben

übereinkommendes Interesse daran, daß das Buch billig zum Verkauf gelangt, weil durch eine möglichst niedrige Gestaltung des Kaufpreises neben der Befriedigung des wissenschaftlichen Interesses der kulturelle Zweck des Buches am wirksamsten gefördert werden kann.

Nachdem in der Tagespresse Verleger, Schriftsteller und interessierte Buchläden zu dieser Frage gesondert wiederholt das Wort genommen haben, würde es von besonderer kulturpolitischer Bedeutung sein, wenn der deutsche Buchtag, der diese drei Gruppen von Persönlichkeiten in eine stärkere äußerer Verbindung bringt, dazu führen würde, daß das Problem einer Verbilligung des Buches in gemeinsamer Arbeit numerisch ernstlich und praktisch in Angriff genommen wird.

Doch beachtlicher noch als die Preise sind andere Widerstände, die einer Belebung des Buchmarktes im Wege stehen: Jazzband und Magazinliteratur, Rundfunk und Film, Sport und Technik.

Man versteht uns nicht falsch; es dieße den Kampf Don Quichottes gegen die Windmühlenräder wiederholen, wollte man sich gegen Tendenzen auflehnen, die nun einmal als gegebene Faktoren vorhanden sind, die in der Entwicklung der Zeit liegen und die wir ebenso wenig



Wort Ludwig Feuerbachs, das vor Jahrzehnten die Menschheit anstieß und sie zur Erkenntnis ihres Selbstdienstes — Der Mensch ist, was er ist! — haben wie heute zwar als Übertriebung oder Fälschung wir als Überspitzung eines richtigen

Altien-Gesellschaft  
Hämmerling  
Erzählung von  
Karl Schröder

Württembergische Gutenberg Berlin 1928

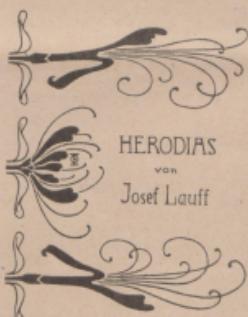
stellung, daß es — sagen wir einmal — nicht ganz so traurig bleibt, wie es ist, wie etwa noch vor fünf Jahren.

Viele der Hindernisse blieben bestehen. Es herrscht Übereinstimmung beim buchverkaufenden Publikum, wie beim Autor wie

MAREES  
GESELLSCHAFT  
ELFTE REIHE  
DER DRUCKE  
APRIL 1925



HERAUSGEBER  
IMEIER-GRÄFE  
VERLAG DER MAREES-  
GESELLSCHAFT R. PIPER &  
MÜNCHEN



KARL FRIEDRICH NOWAK

## VERSAILLES

VERLAG FÜR KULTURPOLITIK  
BERLIN

Rolle einnehmen, zu deren Darstellung sie bestimmt sind. Indessen, es soll zum Tag des deutschen Buches keine Kapuzinerpredigt gehalten werden, denn damit bringt man nicht einen einzigen Menschen, der sein Geld für 5-Uhr-Tees oder für gleich-

zurückschrauben könnten und wollen, wie wir etwa wünschen, das elektrische Licht durch die Petroleumlampe zu ersetzen. Aber wir müssen uns flat darüber sein, daß alle diese Dinge nicht der Sinn unseres Daseins sein dürfen, daß sie vielmehr ebenso Diener der Gesamtheit sein müssen wie alle andern, ihnen vorausgegangenen technischen Erfindungen, und daß sie ihre geistige Mission nur dann erfüllen können, wenn sie lernen, sich zu befrieden und freiwillig die

gültige Modezeit schriften ausgibt, dazu, man plötzlich zu einem ernsten Buchfreunde zu werden. Aber der rubige Hinweis dieses ausgelönderten Tages auf die Tatsache, daß es noch andere Güter als Boren und Tonen gibt, Güter von objektiv höherem Wert, Güter, die in der Rangordnung der Werke auf höherer Stufe stehen, real doch vielleicht dießen oder jenen dazu an, sich zu fragen, ob et die ihm zur Verfügung stehenden ökonomischen Mittel auch wirklich richtig verwendet.

Wir verabschieden uns vom 22. März keine Wunder, aber wir erhoffen von diesem Tage, daß an ihm eine Saat gesät wird, die bald hier bald da eines Tages aufzugeben und gute Früchte bringen wird, das heißt: Büchereikäuter.

E. G. Seltz's  
sämtliche  
Schriften.

Schöner Theil.



Büchereikäuter. Ein Beitrag zur Buch- und Druckkunst. 1922. 12. Jahrgang.

Vorrede,  
Vorwort  
der W. G. Wissenschaften. Erste mit Buch  
und Figuren. 1922.

## Die Neuordnung der Krisenfürsorge.

Von Ministerialrat Dr. Bernhard Lohfeldt.

Es ist bekannt, daß die deutsche Wirtschaft 1928 den Beschäftigungsgrad des Vorjahrs nicht erreicht hat. Dementsprechend blieb die Aufnahmefähigkeit des Arbeitsmarkts gegen 1927 zurück; es genügt, auf ein paar Standardzahlen hinzuweisen, die ich für 1928 gebe (die entsprechende Zahl für 1927 ist in Klammern beigefügt): Mindestzahl der verfügbaren Arbeitsstunden 1 154 635 (867 567), Mindestzahl der Arbeitslosen in den Gewerkschaften 6,2 (4,5) v. H., Mindestzahl der Klargesetzten in den Gewerkschaften 3,5 (2,0) v. H. Die Zahlen der unterliegenden Arbeitslosen sind wegen des Übergangs von der Erwerbsfürsorge erst vom Oktober an vergleichbar, zeigen aber gleichfalls deutlich die schlechtere Lage des Arbeitsmarkts 1928 gegen 1927.

1929 hat sich diese ungünstige Entwicklung des Arbeitsmarkts bisher fortgesetzt. Sicher wäre es verfehlt, sich hierfür allein auf die ungewöhnlich hohen Zahlen der Arbeitslosen zu berufen, die in den statistischen Nachweisen für Januar und Februar erscheinen. Denn zweitwöchentlich kommt infolge der abnorm schärfen und langen Welle währende Monate ein höherer Prozentsatz dieser Arbeitslosen auf Rechnung der fahrmäßigen Arbeitslosigkeit, als es sonst der Fall wäre. Daneben müssen wir aber eine Zunahme der Arbeitslosigkeit auch in solchen Berufen feststellen, deren Beschäftigung im allgemeinen nicht an eine bestimmte Jahreszeit gebunden ist. Die Zunahme ist allgemein, wenn sie in den einzelnen Berufen auch in verschiedenem Grade auftritt. So ist beispielsweise nach den Verbandsstatistiken die Zahl der Arbeitslosen vom September 1928 bis Januar 1929 in der Metallindustrie von 5,7 auf 9,5 v. H. der Verbandsmitglieder gestiegen, bei den Graphikern von 5,6 auf 6,7 v. H., im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe von 6,7 auf 11,5 v. H.

Die Krisenfürsorge, die ja bekanntlich eine Ergänzung der an strengen Regeln gebundenen Arbeitslosenversicherung darstellt, hat die befohlene Aufgabe, sich der Entwicklung des Arbeitsmarkts so eng wie möglich anzupassen. Nach § 101 des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom 16. Juli 1927 ist die Krisenunterstützung „in Zeiten andauernd befordeiner ungünstiger Arbeitsmarktlage“ einzuführen; dabei ist ausdrücklich bestimmt, daß die Zulassung auf bestimmte Berufe oder Berufe beschränkt werden kann. Nun bat zwar, wie bekannt, die Lage des Arbeitsmarkts, seitdem (Ende 1926), die Krisenfürsorge geschlossen wurde, noch nie erlaubt, ganz auf sie zu verzichten; immerhin war sie seit 1927 nicht mehr allgemein zugelassen, sondern auf bestimmte Berufe beschränkt, deren Kreis bald mehr, bald weniger eng gezogen wurde. Für die zweite Hälfte des Jahres 1928 war maßgebend ein Erlass des Reichsministers vom 15. August 1928 (Reichsarbeitstabl. S. 1225). Danach war die Krisenunterstützung ohne weiteres zugelassen für die Angehörigen der folgenden acht Berufe:

1. der Gärtnerel.
2. der Glasindustrie.

3. der Metall- und Maschinenindustrie,
4. der Lebendindustrie,
5. der Holzgewerbes,
6. des Bekleidungsgewerbes,
7. Büchernmitglieder,
8. Angehörige (laufmäßige, technische und Büroangestellte).

Außerdem waren die Präsidenten der Landesarbeitsämter in gewissem Umfange ermächtigt, je nach den lokalen Bedürfnissen auch weitere Berufsgruppen in die Krisenfürsorge einzubeziehen, so insbesondere das Spinnstoffgewerbe und in kleineren Osten (bis zu 20 000 Einwohnern), bei besonderen Notständen auch alle übrigen Berufe. Für größere Gemeinden hatte sich der Reichsarbeitsminister Sonderzulassungen selber vorbedacht.

Der Erlass vom 15. August 1928 wurde erweitert durch einen Erlass vom 26. Januar 1929 (Reichsarbeitstabl. S. 1221), der die Bedeutung der Landesarbeitsämter noch etwas ausdehnte.

Die andhaltende Verschlechterung des Arbeitsmarkts zwang in diesen dazu, noch weiter zu geben. Im Februar 1929 befahl sich der Reichstag mit der Krisenfürsorge. Unabhängig davon hatte der Reichsminister bereits Verhandlungen mit dem Reichsministerium eingeleitet, um für eine weitere Ausdehnung des Personenkreises in der Krisenfürsorge, die zu einer Überschreitung des Haushaltsumfangs führen könnte, Mittel zu erhalten. Der Reichstag nahm noch mehrfachiger Ausschusseratungen eine Entschließung an, die die Ausdehnung der Krisenunterstützung auf alle Berufsgruppen forderte. Die Reichsregierung erklärte durch den Mund des Reichsministers, daß sie die Entschließung ausführen werde, soweit das Gesetz dies zulässt, d. h. soweit eine Sonderausfördersung ungünstige Arbeitsmarktlage gegeben sei.

Hierauf beruht die neue Regelung, die der Reichsminister nunmehr unter dem 22. Februar 1929 getroffen hat. Danach gilt folgendes:

1. Ohne besondere Zulassung in die Krisenunterstützung — wie bisher — den Angehörigen der bereits oben genannten acht Berufsgruppen zu gewähren.

- II. Die Präsidenten der Landesarbeitsämter dürfen, soweit ein Bedürfnis dazu besteht, für ihren Amtsbezirk oder Teile desselben folgende Berufsgruppen zur Krisenunterstützung zu lassen:

1. Industrie der Steine und Erden.
2. Spinnstoffgewerbe,
3. Buchbinderei, Kartonagenarbeiter und einschlägige Berufe,
4. Nahrungs- und Genussmittelgewerbe mit Ausnahme des Mühelerei und Getränkegewerbes,
5. Verschließungsgewerbe,
6. Kunstgewerbliche Berufe,
7. Theater, Künste, Schauspielungen aller Art,
8. Guts- und Schafwirtschaft,
9. Verkehrsgewerbe.

10. Fabrikarbeiter,  
11. Maschinen und Heizer.

Angenommen bleiben also auch künftig namentlich: die Land- und Forstwirtschaft, das Baugewerbe, der Bergbau, die Fabrikarbeiter der chemischen Industrie und der Papierindustrie sowie von den ungelerten Arbeitern derselben, die nicht Fabrikarbeiter sind (also die ungelerten Augenarbeiter aller Art). Bei der Land- und Forstwirtschaft und dem Baugewerbe war die Erwähnung maßgebend, daß die Arbeitslosigkeit hier vorwiegend nicht auf den Rückgang des Konjunkturzuläufers beruht, sondern Saisoncharakter hat. Aus der gleichen Erwähnung sind auch Angehörige anderer Berufe, deren Arbeitslosigkeit gemäß den Beschlüssen des Vermittlungsrats der Reichsanzahl für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung als „berufsschlich“ anerkannt ist, von der Zulassung zur Krisenfürsorge ausgenommen.

Für besondere Notstände haben die Präsidenten der Landesarbeitsämter aber noch weitergehende Ermaßtigungen konnten. Sie bisher in Gemeinden mit nicht mehr als 25 000 Einwohnern Angehörige der grundsätzlich nicht zugelassenen Berufe (z. B. des Bergbaus) in die Krisenfürsorge einbezogen, wenn „infolge außergewöhnlicher Ereignisse oder Umstände“ ein „langandauernder schwerer Notstand auf dem Arbeitsmarkt“ bestand, so ist diese Beigabe jetzt auf Gemeinden bis zu 50 000 Einwohnern ausgedehnt. Sie erkennt jetzt auch allerdings nicht mehr auf die ungelerten Arbeiter, sofern es sich nicht um Fabrikarbeiter handelt (also die Augenarbeiter). Für Städte mit mehr als 50 000 Einwohnern hat sich der Reichsarbeitsminister die Zulassung weiterer Berufsgruppen – wie bisher – selbst vorbehalten. Nur sog. Abrundungen können auch in diesen größeren Orten von den Präsidenten der Landesarbeitsämter selbstständig vorgenommen werden.

Zusammenfassend kann gefaßt werden, daß künftig die Krisenfürsorge für alle Berufe zulässig sein wird; ausgeschlossen sind nur die Saisonarbeitslosen und einige bestimmte Berufsgruppen, für die der Arbeitsmarkt auch heute noch nicht die andauernde und besondere Verschlechterung aufweist, von der das Gesetz spricht. Diese neue Regelung des Personentreises der Krisenunterstützung gilt vom 25. Februar 1929 an und zunächst bis zum 4. Mai 1929.

Bis dahin muß neu geprüft werden, welche Änderungen des Rechtszustandes die Lage des Arbeitsmarkts dann etwa erfordert.

Mit der Neubegrenzung des Personentreises hat der Reichsarbeitsminister auch die Dauer der Krisenunterstützung neu geregelt. Bisher betrug die Dauer im Höchstfalle grundsätzlich 29 Wochen, bei Arbeitslosen über 40 Jahre konnte sie ausnahmsweise bis auf 29 Wochen verlängert werden. Die Verschlechterung des Arbeitsmarkts zeitigte begreiflicherweise Wünsche nach einer Verlängerung dieser Fristen. Bei der Ungeläufigkeit der künftigen Entwicklung hat der Reichsarbeitsminister es vermieden, eine Verlängerung um eine bestimmte Wochenzahl anzusprechen. Er hat vielmehr angeordnet, daß vorübergehend, nämlich bis zum 4. Mai 1929 die Bestimmungen über die Bezugsdauer der Krisenunterstützung „außer Wirksamkeit gesetzt“ werden, d. h. also als zu diesem Tage niemand aus der Krisenfürsorge „ausgeweckt“ werden darf. Arbeitslose, die schon aus der Krisenunterstützung ausgeschieden sind, weil sie die bisherige Höchstzeitdauer erreicht haben, werden wieder in die Unterstützung aufgenommen, wenn sie, sofern es sich um Arbeiter handelt, nicht vor dem 1. Dezember 1928 ausgeschieden sind, sofern es sich um Arbeiter handelt, nicht vor dem 1. Oktober 1928.

Aber die zahlenmäßige Auswirkung der neuen Vorschriften lassen sich nur unsägliche Angaben machen, schon deswegen, weil es eine genaue Statistik der Personen, die die Voraussetzungen der Krisenunterstützung bisher nicht erfüllt haben, so über man erfüllen können, nicht gibt. Man hat aber unter Benutzung der vorhandenen Statistiken gefaßt, daß, wenn von allen Ermächtigungen zur Erweiterung des Personentreises Gebrauch gemacht wird, der Zuwachs an Unterstützten etwa 20 v. H. betragen wird. Das würde eine monatliche Mehrausgabe von etwa 54 Millionen RM erfordern, von denen 5 Millionen auf das Reich entfallen würden, der Rest auf die Gemeinden. Das Verbot der Ausleihungen hat zahlenmäßig eine wesentlich geringere Bedeutung. Die Zahl der langfristig Arbeitslosen ist glücklicherweise bei weitem nicht so hoch, wie vielfach angenommen wird. Schätzungsweise sind es etwa 12 000 Personen, die in den Monaten März und April aus der Krisenfürsorge ausscheiden müßten, wenn die neue Vorschrift über die Unterstützungszeitdauer ihnen nicht den Weiterbezug gewährleistete.

## Nationalitätenkampf oder Minderheitenrecht in Slowenien.

Von Werner Stephan.

Die Slowenen bieten uns das Musterbeispiel eines Nationalitätenkampfes ohne Sinn und Verstand. Ein Kleinvolk von 1½ Millionen Menschen, soviel wie die kleinste preußische Provinz, Schleswig-Holstein, Einwohner hat. Im größten Teil des seitlich österreichischen Kronlands Krain und in der Unterkrain wurde vor zehn Jahren durch den Zusammenschluß der Doppelmonarchie zum Staatsvolk geworden; aber den beiden großen Nachbarn, Italienern und Deutschen, gegenüber nicht ganz genug zur Selbstbehauptung. Deshalb eingebettet in den südostalpinen Einheitsstaat, in dem sie sich nur mühsam durch flache Täler führt, das kleinste Parlament geblieben ist, und durch Ausnutzung der serbisch-kroatischen Gegensätze, ein Süd-Eigenen, ein Süd-praktische Verwaltungsautonomie errungen haben. Der dritte Teil der slowenischen Menschen aber lebt außerhalb des Staates, das es heute als den seinen empfindet; nur 1 Million Slowenen gehören zu Jugoslawien. An die 100 000 sind bei Österreich verblieben; nicht durch die Gewalt eines Friedensdiktates, sondern durch jene Volksabstimmung im Herbst 1920, in der die Mehrheit der Bevölkerung zwischen Karawanken und Wörthersee sich trotz Bedrückung durch jugoslawische Besetzung für das serarante, gestüdfte.

Geldentwertung und inneren Krisen heimgesuchte Österreich entschied, nur zu 50 v. H. war das Abstimmungsgebiet von Deutschen bewohnt, zu fast 70 v. H. von Slowenen, 60 v. H. aber der Stimmrechtsberechtigten entschieden sich gegen den Anschluß an Jugoslawien und damit für das Heimatland Karantien und für die Verbindung mit Wien und dem deutschen Kulturfkreis. Das südende slowenische Blatt stellte fest, „die Volkselite in Karantien habe intuitiv erkannt, auf welcher Seite die mächtigere innere Kraft wohne“.

Gegegen ist der Teil, den Italien an slowenischen Volkszonen erhielt. Aber es erwangt ihn nicht durch moralische Kraft, sondern durch gewaltlose Bezeugung, durch militärischen Zwang. Schon vor dem Kriege wohnten 50 000 Slowenen in Venetien, in den nach Südwesten abfallenden Hängen der Julischen Alpen um

Cividale herum. 1919 wurden an die 350 000 Slowenen hinzugefügt mit Görz, mit dem Küstenland, mit Triest, der größten slowenischen Stadt, die unter österreichischer Pflege auf Kosten des italienischen äußeren Kulturstiftes immer stärker dem slawischen Charakter ihrer breiten Volksmassen zurückgegeben worden war. Auch Istrien mit seiner slowenisch, kroatisch und italienisch gemischten Bevölkerung und der südwestliche Teil von Krain wurde Italien zugestellt, die Region von Idria mit dem berühmten Quarzflötzbergwerk und von Adelsberg mit der wunderbaren Grotte, wo man nie einen Italiener gesehen hätte und die Italiener nur kraft Waffengewalt beansprucht und jener merkwürdigen geopolitischen Weise, daß alle Gebiete ihm zugaben, die ihre Bäche und Flüsse zur Adria entliefen.“

1½ Millionen Slowenen im ganzen; das kleinste der europäischen Völker nach Albanern und Eten, zu zwei Dritteln dem mehrmärmigen südostslawischen Staat, zu einem Drittel fremden Staaten angegliedert. Mügte diese Nation nicht der Vorfähre des Minderheitenrechtes in Europa sein, der erste Anwalt der Selbstverwaltungsrächte aller Minoritäten? Liegt hier zwischen Drau und Idria dieser Gedanke nicht geradezu in den Slowenen nicht auf sehr fühlbare, ja auf grauame Art und Weise nahegelegt durch das, was ihre Volksgenossen in Italien erleiden? Denn im Reich des Kaiserreichs muss es sich Deutschen und Südslawen gleichfalls genössen. Was die 250 000 Südtiroler erwidern müssen, von krispuliger Knechtung und Bevorstzung, das haben im besten Maße die 400 000 Slowenen um Görz und Idria zu leiden. Gemäß höchstens dadurch, daß ein Naturvolk wie dieses slawische im Gebiet des Jons zu Kultur von gleicher Höhe und Kraft der Tradition zu verteidigen hat wie das deutsche an Ethik und Ethat; verächtlich aber dadurch, daß es in seiner Einfachheit noch organisationschwächer, also wehrloser ist. Seit 10 Jahren sind die Slowenen den äußersten Maßnahmen der Entnationalisierung von Seiten der



der Luft? Wird er den Slowenen nicht auf sehr fühlbare, ja auf grauame Art und Weise nahegelegt durch das, was ihre Volksgenossen in Italien erleiden? Denn im Reich des Kaiserreichs muss es sich Deutschen und Südslawen gleichfalls genössen. Was die 250 000 Südtiroler erwidern müssen, von krispuliger Knechtung und Bevorstzung, das haben im besten Maße die 400 000 Slowenen um Görz und Idria zu leiden. Gemäß höchstens dadurch, daß ein Naturvolk wie dieses slawische im Gebiet des Jons zu Kultur von gleicher Höhe und Kraft der Tradition zu verteidigen hat wie das deutsche an Ethik und Ethat; verächtlich aber dadurch, daß es in seiner Einfachheit noch organisationschwächer, also wehrloser ist. Seit 10 Jahren sind die Slowenen den äußersten Maßnahmen der Entnationalisierung von Seiten der



Marburg a. d. Drau

Goldeburg

Italiener ausgekehrt. Gleichzeitig lange Kämpfe für dagegen Band in Band mit den deutschen Minderheiten des italienischen Staates verbanden. Die Slowenen stellen den Führer der europäischen Bewegung zum Schutz der Minderheiten. Dr. Wilson, Triests Abgeordneter im österreichischen Parlament, ist seit Jahren Leiter ihrer internationalen Kongresse. Jahr für Jahr rüdet er den neuen, von den alten Staaten ins Gewissen, wenn er den Verbund hin auf all die Schäden der Entnationalisierungspolitik, auf die Gefahren, die sich aus der

Vergewaltigung von Millionen europäischer Menschen in fremden Herrschaftsstaaten ergeben. Wilson ist das gute Gewissen seiner Nation. Er hat die Lage, die wirklichen Bedürfnisse seiner Volksgenossen erkannt. Aber was hat er mit seinem Vorbild praktisch erreicht?

\*  
Für ihr eigenes Herrschaftsgebiet haben die Slowenen kaum die ersten Anzeichen gegeben, die sie die Folgerungen aus der Geschichte dieser 10 Jahre, aus der Situation ihres eigenen Volkes zu ziehen bereit sind. Gewiss entspricht die Grenze Sloweniens gegen Österreich, nachdem der südliche Teil Kärentens selbst befreit wurde, zum größten Teil dem allein gerechten und modernen Selbstbestimmungsprinzip. Nur an der Drau hofft eine Lücke. Dort wurde die Stadt Marburg mit den deutschen Dörfern ihrer Umgebung wider Willen ohne Abstimmung zu Jugoslawien geschlagen. Ebenso erging es dem kleinen Kärenten, Teilgebiet von Unterdrauburg und dem Grubenzentier von Prävali. Als die deutsche Bevölkerung Marburgs, um die Volksbefragung Marburgs, um die österreichischen Unterfrankfurtsommission demonstrierte, wurde sie mit Schiffen auseinandergetrieben. Die Entnationalisierung dieses nördlichen Randes von Slowenien ist seitdem nicht weniger gewaltsam betrieben worden als die Einbeziehung in den jugoslawischen Staat. In Marburg wurden über 50 deutsche Vereine aufgelöst, das Theater und das deutsche Vereinshaus wurden einschließlich Büchereien und Silbergärtner beflognaden, Studenten- und Mädchenehmen geschlossen, die zwei Alpenblüten fortgenommen. Deutsche Kulturoerfahrungen, wie Theatervorstellungen und Liederabende, wurde nach Möglichkeit verhindert, zum Teil mit Gewalt. Noch vor vier Jahren wurde eine deutsche Feier sogar durch Bombenlegung unmöglich gemacht, nachdem der Ultimatumzeitpunkt der slowenischen Parteien und Vereine seine Ablöser aufgeprägt hatte. Im Auftrag der slowenischen Nationalisten vom Frühjahr 1925 heißt es bezeichnenderweise: „Solange die Örtjana arbeiten wird, wird sie keinerlei politische oder nationale Tätigkeit der Deutschen in Slowenien zulassen. Jeden derartigen Versuch wird sie mit der Gewalt ihrer staatstragenden Mittel verhindern.“

Die Verhältnisse haben sich seitdem um ein gewisses Maß geändert. Doch noch keine grundlegende Änderung in der Einstellung der Slowenen zur Minderheitenfrage zu verzeichnen ist, beweist aber die Absehung des deutschen Führers Morocutti, des bekannten Publizisten der europäischen Minderheitsbewegung. Seine enge Gemeinschaftsarbeit mit

Italienern ausgekehrt. Gleichzeitig lange Kämpfe für dagegen Band in Band mit den deutschen Minderheiten des italienischen Staates verbanden. Die Slowenen stellen den Führer der europäischen Bewegung zum Schutz der Minderheiten. Dr. Wilson, Triest's Abgeordneter im österreichischen Parlament, ist seit Jahren Leiter ihrer internationalen Kongresse. Jahr für Jahr rüdet er den neuen, von den alten Staaten ins Gewissen, wenn er den Verbund hin auf all die Schäden der Entnationalisierungspolitik, auf die Gefahren, die sich aus der

Vergewaltigung von Millionen europäischer Menschen in fremden Herrschaftsstaaten ergeben. Wilson ist das gute Gewissen seiner Nation. Er hat die Lage, die wirklichen Bedürfnisse seiner Volksgenossen erkannt. Aber was hat er mit seinem Vorbild praktisch erreicht?

\*  
Für ihr eigenes Herrschaftsgebiet haben die Slowenen kaum die ersten Anzeichen gegeben, die sie die Folgerungen aus der Geschichte dieser 10 Jahre, aus der Situation ihres eigenen Volkes zu ziehen bereit sind. Gewiss entspricht die Grenze Sloweniens gegen Österreich, nachdem der südliche Teil Kärentens selbst befreit wurde, zum größten Teil dem allein gerechten und modernen Selbstbestimmungsprinzip. Nur an der Drau hofft eine Lücke. Dort wurde die Stadt Marburg mit den deutschen Dörfern ihrer Umgebung wider Willen ohne Abstimmung zu Jugoslawien geschlagen. Ebenso erging es dem kleinen Kärenten, Teilgebiet von Unterdrauburg und dem Grubenzentier von Prävali. Als die deutsche Bevölkerung Marburgs, um die Volksbefragung Marburgs, um die österreichischen Unterfrankfurtsommission demonstrierte, wurde sie mit Schiffen auseinandergetrieben. Die Entnationalisierung dieses nördlichen Randes von Slowenien ist seitdem nicht weniger gewaltsam betrieben worden als die Einbeziehung in den jugoslawischen Staat. In Marburg wurden über 50 deutsche Vereine aufgelöst, das Theater und das deutsche Vereinshaus wurden einschließlich Büchereien und Silbergärtner beflognaden, Studenten- und Mädchenehmen geschlossen, die zwei Alpenblüten fortgenommen. Deutsche Kulturoerfahrungen, wie Theatervorstellungen und Liederabende, wurde nach Möglichkeit verhindert, zum Teil mit Gewalt. Noch vor vier Jahren wurde eine deutsche Feier sogar durch Bombenlegung unmöglich gemacht, nachdem der Ultimatumzeitpunkt der slowenischen Parteien und Vereine seine Ablöser aufgeprägt hatte. Im Auftrag der slowenischen Nationalisten vom Frühjahr 1925 heißt es bezeichnenderweise: „Solange die Örtjana arbeiten wird, wird sie keinerlei politische oder nationale Tätigkeit der Deutschen in Slowenien zulassen. Jeden derartigen Versuch wird sie mit der Gewalt ihrer staatstragenden Mittel verhindern.“

Die Verhältnisse haben sich seitdem um ein gewisses Maß geändert. Doch noch keine grundlegende Änderung in der Einstellung der Slowenen zur Minderheitenfrage zu verzeichnen ist, beweist aber die Absehung des deutschen Führers Morocutti, des bekannten Publizisten der europäischen Minderheitsbewegung. Seine enge Gemeinschaftsarbeit mit

Wilson, der ihn nicht vor dem Schießl bewahrt, aus dem Amt als Beisitzer gejagt zu werden — obwohl jeden Grund als den, dass er den Slowenen in seiner deutschen Gemeinde Sankt Egidy bei Marburg nahe der österreichischen Grenze noch betonten Loyalität gegenüber dem jugoslawischen Staat als Minderheitenführer läufig ist.

Was in der Folgen, national umstrittenen Grenzzone um Marburg herum geschieht, wiederholt sich in den anderen Teilen Sloweniens, die lediglich ein Insel-

deutschland kennen. Das Dreieck jährt bei der Abreitung an Jugoslawien etwa 40 000 deutsche Bewohner, die sich inzwischen durch Verdrängung und Abwanderung beträchtlich verminder haben.

Südlich davon sind in der Untersteiermark seit 10 Jahren nur die Städte Cilli, Pettau, Raun, Windischgrätz und Lüttenberg, Kleinstädte nach reichsdeutschen Begriffen, aber voll deutschen geistigen und wirtschaftlichen Lebens. Auch hier wurden die Mittelpunkte deutscher Vereins- und Kulturtätigkeit beschlagnahmt oder vernichtet, die deutschen Schulen aufgehoben. Seit von Belgrad der Schulordnungen herausgekommen, die eine einfache Unterordnung des deutschen Schulwesens nicht mehr zulassen, blieb man sich auf dem Verwaltungsweg. Einen zur Anmeldung deutscher Kinder für deutsche Schulen dürfen eingereicht werden. Wer die Unterzeichner werden dann auf die Polizei defekt und mit allerhand Schikanen und Preßionen zur Abnahme der Anmeldung veranlaßt, bis die vorgeschriebene Schülerrabatt nicht mehr vorhanden ist. Wirtschaftlicher Boykott in gegenüber der fleißigen deutschen Bevölkerung eine ständig geliebte Methode. Die deutsche Presse wird so sehr wie nur möglich belästigt und eingeschüchtert. Trotzdem beginnt dieses Inseldeutschland, das bis 1918 im Rahmen der zu zwei Dritteln deutschen Steiermark und im Besitz wirtschaftlicher und kultureller Überlegenheit seit so deßtler gefühlt hatte, sich wieder zu erholen. Alle Verwirbelungen kann auch durch durchbare Artbörde nicht einfach gelöst werden. Auch bilden die Deutschen in den anderen Teilen Jugoslawiens eine Stütze, mehr als jene 500 000 Deutschen im städtischen Teil der Donauebene, die sich im Belgrader Parlament wohl zur Geltung bringen können — sie, die früher so weit vom deutschen Gemeinschaftsleben entfernt waren, bilden nun

den Artikulationspunkt für die verstreuten Deutschen anderer jugoslawischer Gebiete, die sich ehemals im Banatkreis von Wien und Graz so überlegen vorkamen.

\*  
Noch einen starken Stützpunkt besitzt das Deutschland in Slowenien selbst: Gottschee, die alte deutsche Sprachinsel im äußersten Süden von Kroatien, heute schon an der italienischen Grenze gelegen. Abkommung thüringisch-fränkischer Einwanderer, vor 600 Jahren von einem deutschen Grafengeschlecht in eine Wildnis gerufen, sind sie, durch slowenische Siedlungsgebiete von allen Sämmesgenossen getrennt, zu Pionieren deutscher Kultur nahe der Adria geworden. Der Vergleich mit den Siebenbürger Sachsen liegt nahe. Aber die Unterschiede sind doch groß. Ein kleines Dörfchen nur, 15 000 deutsche Menschen mit einer kleinen Stadt von 3000 Einwohnern. Keine solche deutsche Metropole wie Hermannstadt oder Kronstadt, sondern ein hübscher, faulerter, kleiner Ort. Keine reichen deutschen Dörfer wie im Burgenland oder am Kofel. Ein armes Land; „viel Steine gibt's und wenig Brot“. Andere deutsche Dörfer haben sich erhalten, weil die Deutschen reicher waren, als ihre Umgebung und weil sie durch Wohlhabenheit herrschten; vielleicht hat sich das Gottschee Land in dem deutlich erhalten, weil es ja bitter arm ist und der Umgebung sogar keinen Anreiz bietet.

Jetzt zieht ein Baumhölzbergwert, dessen schlechte Röhre für Jugoslawien schon von Wert ist, slowenische Arbeiter in die Stadt, die damit ihren rein deutschen Charakter verliert. Aber im ganzen gibt es hier keine Entnationalisierung, weil es keine Völkerweichung gibt. Die Schulen sind wenigstens gemischtssprachig, wenn auch die von Laibach



Gottschee, Dorfliche in Maigrau



Eine der wenigen Quellen bei Gottschee (Wohlhabend)



Mitterdorf bei Gottschee

entsandten Lektor häufig höchst mangelhaft sind. Der Gottscheer ist deutsch, und die deutschen Sitten können — nach Jahren angreicher Bewahrung und seitlicher Einflussnahme ausgedrückt — wieder in Traachten- und Sängefesten gepflegt werden. Ein gewalttätiger Amtsschärmer ist slowenischer Nationalität wurde bestreitigt, und die Zukunft schafftliche Eriugenz gesichert wäre. Vielleicht verhelfen ihm die genossenschaftlichen Zusammenfassungen des deutschen Bauernthums in Jugoslawien zu höheren Wirtschaftsmethoden. Nach der Einführung zu industriellen Nebenerwerb der Männer und erwachsenen Kinder, die bisher Jahrhunderte hindurch lieber auf Haufwerkanlagen zogen, könnte gegenreicher sein. Und die strategische Bahn, die Südböhmen von hier zur Adria bauen will, könnte plötzlich den Strom der deutschen Reisenden auf flüssigerem Wege durch das Landen zum Südmare leiten. Manch einer wird dann sicher bei den Naturschönheiten dieser seit langen unberührten und abgesegneten deutschen Insel, wo verfallene Burgen in rüschigem, noch von Bären und Wölfen bewohnten Wäldern stehen, verweilen und so Geld ins Land bringen, das heute noch kaum Fremdenverkehr kennt. Vielleicht würde auch das dazu beitragen, die Auswanderung nach Amerika (bedenkt noch Kanada) einzudämmen, die heute manche Dörfer entvölkert und so eine ernste Gefahr für das Gottscheer Deutschland bedeutet.

\*



Stadtkirche und Theater in Bela  
Slovenien (jetzt Jugoslawien)

## Zur Zeitgeschichte

### Reichsarbeitsminister Wissell 60 Jahre.

Vor vierzig Jahren übernahm in Kiel ein zwanzigjähriger Metallarbeiter der Torpedowerftstatt den Vorsitz seines Betriebsvereins. Am 5. März 1929 ernannte ihn die rechts- und staatswissenschaftliche Fakultät der Kieler Universität zum Ehrendoktor. Die Ehrung gilt nach der Ernennungsurkunde, dem Sohne des Volkes, der in jähren Ringen zur Führung emporstieg, dessen Denken und Handeln darauf gerichtet ist, durch organische Wirtschaftserneuerung, die Idee einer Gemeinschaft aller Schaffenden zu verwirklichen, der die faren Müh und eines einer Arbeit und Verantwortung reichen, sodass der Wissenschafter gescheitert hat. Die Frucht jener Leistung gibt jedoch die Arbeitsgemeinschaft deutscher Handwerkskultur als zweibändiges, umfassendes Werk heraus: „Des alten Handwerks Recht und Gewohnheit.“ Es ist eine Arbeit, die Fortlebensergebnisse aus fünfundzwanzig Jahren umfasst. In dieser Zeit wurde aus dem Metallarbeiter Wissell der Lübecker Arbeitssekretär und dann einer der Leiter des Zentralarbeitssekretariats der Generalkommision der freien Gemeinschaften Deutschlands, der Volksbeauftragte und Reichswirtschaftsminister, der amtliche Schichter für Groß-Berlin und der Reichsarbeitsminister. An den großen Gestaltungsaufgaben des jüngst vergangenen Jahrhunderts hat Minister

An die 70 000 Deutsche wohnen in Slowenien, noch einige Tausend Slowenen mehr wohnen in Kärnten. Was liegt näher als ein Gegenleitgeleis- abkommen, das beiden Völkern ihr nationales und kulturelles Leben sichert? Woh ist man in Slowenien weit von der Duldung des alteingesessenen Deutschthums entfernt, deren sich die Kärntner Slowenen erfreuen. Ist nicht die Verdröhung der Slaven in Italien Warming genug? Selbst — in einem slowenischen Aufzug aus dem Jahre 1925 heißt es im Begleittext: „Unser Volk in Götz kann kaum leben, weil die vorhergehende italienische Nation, der wir nie etwas zuleide taten, es verachtet will.“ Wie Slowenien aber als vorhergehende Nation sollen unsrer einstigen Unterdrückern gestatten, daß sie uns das Heilige anspielen? Deutsches Kulturbüro (der deutsche Verein wollte eine Silvestersfeier veranstalten) erliegen den Slowenien merkwürdigweise als Verhöhnung. Die Zeit heißt vieles. Sie wird hoffentlich einem Kleinwolt, das trotz seiner schwierigen nationalen Lage vor Machtkräften die klare Richtung verloren hatte, den Chauvinismus überwinden helfen. Können sich die Kärntner entzücken, die Kulturauto- nomie, über die seit zwei Jahren verhandelt wird, trotz übertriebener und den Grundsätzen des Minoritätenrechtes widerstrebender slowenischer Forderungen durchzuführen, so würde auch das den Deutschen auf der anderen Seite der Grenze vorwärtsziehen. Vielleicht kommt dann die Zeit, wo die Slowenien merken, was ein Deutscher wie Moro- cutti und ein Landsmann wie Wilson für sie als Führer in ein besseres besiedeltes Europa bedeuten.

Welsberger Grotte



Nach dem Leben gezeichnet von Rudolf Schlichter

Wissell nicht nur tätigen Anteil genommen, in den großen Zeitfragen der Sozialisierung und der Planwirtschaft, jüngst er wieder in der Weise und dem Kampf um das Schlichtungsrecht, hat er geschildert und zeitweise entscheidend eingegreift. Es ist ein eigenartiges Begleitmotiv dieses Lebens, von dem jetzt die große Öffentlichkeit zum ersten Male hört, daß dieser Mann dabei zugleich historische Studien trieb.

Der Arbeitsminister Wissell gehörte zu jenen neuen Kräften von Format, die aus dem Urloß der Gesellschaft, dem Proletariat, und ihrer sozialen Organisation, den Gewerkschaften, entsprungen sind. Die Weimarer Verfassung gab diese Männer dem Staat, dem sie gehören. Die deutsche Republik ehrt sich selbst, wenn sie diese Persönlichkeiten auszeichnet. — Durch das Leben des Arbeitsministers geht eine klare Linie. Der Ausgangspunkt seiner öffentlichen Tätigkeit ist das Arbeitssekretariat, die Rechtsauskunft und Beratung, der Kampf um das Arbeitsrecht und seine Gestaltung. Der Weg führt ihn bis zum hohen Amt des Ministers und Wablers des deutschen Arbeitsrechts. Damit steht der Sechzigjährige nach wie vor dort, wo er immer gefunden hat: im Brennpunkt der öffentlichen Kritik. Recht und Schatten verteilt die Geschichte, nach Zentimeter und Millimeter ausgemessen. Die Aufgabe der Lebenden ist es, die Persönlichkeit zu werten und sich ihrer Wirkung Gegenwart zu freuen. So schlicht ist der Heimatdienst von Herzen gegen den vielen Gratulant an.

## Das Minderheitenproblem in Genf.

he. — Auf der Tagesordnung der 24. Tagung des Völkerbundes stand folgender Antrag Deutschlands: „Die Garantie des Völkerbundes für die Belehrung zum Schutz der Minderheiten.“

Die Vorgeschichte dieses Antrages ist bekannt, ebenso der Zusammenhang zwischen dem deutschen und polnischen Außenminister auf der letzten Ratstagung im Dezember v. J. in Genf. Die damalige Herausforderung zuliefters datte Dr. Stresemann voran, von sich aus diesen Antrag anzufordern, da aus den Worten des polnischen Vertreters ein Gesetz über die Minderheitenverträge sprach, der nicht unwiderruflich bleiben konnte. Und dieser Geist, der seine Auswirkung sehr oft in die politische Praxis politischer Innenpolitik umsetzte, entsprang nicht zuletzt einer Theorie, die der brasilianische Vertreter Mello-Franco auf der Dezembertagung des Völkerbundes im Jahre 1925 aufstellte, wonach die Minderheitenverträge doch eigentlich nur dazu da seien, den Übergang oder die Assimilation der Minderheiten durch das Mehrheitsvolk vorzubereiten. Obwohl diese Bemerkung damals als rein persönlich gemacht wurde, war es sowohl gekommen, daß Politis, der griechische Vertreter im Völkerbund, im Jahre 1928 den Versuch unternommen hatte, die Erklärung Mello-Franco's als einen Beschuß des Rates zu zitieren. Der Zielpunkt, hier klare Begriffe zu schaffen, war durchaus gegeben, zumal eine reiche Sammlung von Erfahrungen es uns geboten erscheinen ließ, die grundägliche Seite des Minderheitenproblems aufzuwerfen.

Die Behandlung der Frage im Völkerbund leitete der kanadische Delegierte Vandurand mit einem Memorandum über die Befreiung des Verfahrens bei Minderheitsbeschwerden ein und gab hierzu eine kurz erläuternde Begründung. Sie gab den Ausgangspunkt der großangelegten Rede des Rechtsaugsministers Dr. Stresemann, der zunächst einen Überblick über die Entwicklung des Minderheitenproblems seit dem Versailler Vertrag und der Schaffung des Völkerbundes gab und die Verpflichtungen des Völkerbundes gegenüber den Minderheiten hervorhob. Dr. Stresemann betonte, daß das Minderheitenproblem sich nicht in Einzelfällen von Wünschen und Beschwerden erholte, sondern eine ständige zu beobachtende Aufgabe der Staaten und des Völkerbundes ist, daß grundsätzlich auf keinen Fall daran gedacht werden könnte, die Minderheiten allmählich von den staatlichen Majoritäten aufzufangen zu lassen, sondern daß ihr Recht auf Wahrung und Pflege ihrer kulturellen, religiösen und sprachlichen Eigenarten gewahrt und geschützt werden müsse. Dadurch werde der Sache des politischen Friedens am besten gedient. Dr. Stresemann sozusagen seine Rede in einer Reihe von präzisierten Schlüssefolgerungen zusammen, in denen er dem Rat eine sorgfältige Prüfung der Möglichkeiten für eine Verbesserung des Verfahrens in Minderheitssachen zur Erwagung stellte und die Einführung einer besondren *Parliamentary Commission* verlangte. Der nachhaltige Einbruck, den diese mit ruhiger sachlicher Eindringlichkeit gebotene Rede des deutschen Ratsmitgliedes hinterließ, konnte auch durch die anschließende Debatte nicht verwischt werden, obwohl die meisten Redner sich in ihren Darlegungen in anderen Rahmen bewegten. Von besonderer Bedeutung in dieser Debatte ist aber die positive Erklärung des englischen Außenministers Chamberlain, der in jeder Form von Mello-Franco und seiner Assimilationstheorie ablehnte, und ferner sein Eintreten für die Einführung einer Studentenkommission, die die einfältigsten Fragen nach allen Richtungen hin ventillieren sollte.

Nach langwierigen Verhandlungen hinter den Kulissen ist dann schließlich die von dem Berichterstatter Adachi (Japan) zur Weiterbehandlung der Minderheitenprobleme vorgelegte Kompromißlösung angenommen worden, wonach ein vorläufiger Arbeitsausschuß, bestehend aus dem japanischen (Moto), dem englischen (Chamberlain) und dem spanischen (Quinoes de Leon) Ratsmitglied eingesetzt wurde. Dieser Arbeitsausschuß hat unter Berücksichtigung der verschiedenen bei der Ausprache über den deutschen und kanadischen Antrag geforderten Gesichtspunkte das in Vertrat kommende Material zu sammeln und kann auch Bemerkungen der Regierungen mit Minderheitenverpflichtungen und jedes anderen Völkerbundstaates entgegennehmen. Diese Bemerkungen müssen bis zum 15. April eingereicht sein. Auf Grund dieses Materials wird das Berichterstatterkomitee einen Bericht ausarbeiten, den der Völkerbund, der hierfür als Ratskomitee unter Einschaltung sämtlicher Ratsmitglieder zusammentrefft, einer ersten Prüfung und zwar vor der nächsten Ratstagung unterziehen wird.

Was im Augenblick durchgeföhrt war, ist gewiß ein Kompromiß, aber ein solcher, der keineswegs als belanglos hingestellt zu werden verdient. Mit ihm war einmal die urpommische, besonders von Polen geforderte Idee, die Angelegenheit bereits in dieser Ratstagung endgültig zum Abschluß zu bringen, fallen gelassen worden. Ferner hat der von dem deutschen und dem kanadischen Vertreter erhobene Widerspruch dazu geführt, die Entwicklung über die weitere Behandlung des Problems nicht dem Berichterstatterkomitee zu übertragen, sondern sie auf den Rat in seiner Gesamtheit überzugeben zu lassen. Dadurch, daß man bestimmt hat, daß der Bericht über die Völkerbundstaatung allen Mit-

gliedern des Völkerbundes zugesandt werden solle, und daß alle Nationen das Recht hätten, ihre Bemerkungen zu diesem Bericht an den Vorsitzenden dieses Komitees zu senden, ist dieser Nation der Weg freigegeben, sich an den Vorschlägen des Komitees zu wenden und Stellungnahme zu der vorliegenden Frage vorzubringen. Nicht nur für diejenigen, die den Minoritätsbelastungen unterliegen, sondern auch für diejenigen, die an einem Schutz der Minderheiten interessiert sind. Demnach können auch Staaten, wie Ungarn, Bulgarien u. a. ihre Bemerkungen einzulegen. Mit diesem Besluß ist also die Gewähr gegeben, daß der ganze Völkerbund an der weiteren Behandlung des Minderheitenproblems mitarbeitet und ferner, daß das Minderheitenproblem vor der nächsten offiziellen Ratstagung und unter überwiegender Beteiligung der Ratsmitglieder selbst einer gründlichen Prüfung unterzogen wird. Man glaubt, daß für die Tagung des Ratskomitees San Sebastian in Betracht kommt. In der offiziellen Tagung, die diesmal in Madrid stattfindet, würde dann der Rat über die endgültige Fassung des Berichtes zu befinden haben.

Deutschlands Außenminister war sich von vornherein klar, daß sein Kampf in Genf um die Rechte der Minderheiten sich einer ziemlich gesetzlosen Front gegenüberzusetzen. Auf den ersten Anblick als Widerstände zu drohen, war unmöglich. Als Attitüde bleibt aber die Tatsache, daß Deutschland die Minderheitenfrage in Gang gebracht und sie in den Brennpunkt der internationalen Diskussion gestellt hat. Den moralischen Erfolg der deutschen Verteidigung festgelegter Minderheitenrechte wird niemand leugnen können. Und der Dank des Präsidenten des Europäischen Minderheitenkongresses, Dr. Willan, Triest, den diele im Namen aller deutschen Volksgruppen dem Reichsminister Dr. Stresemann für sein eindeutiges Votum im Rat zum Ausdruck bringt, ist Beweis genug für diese Tatsache.

Zur Amtseinführung des neuen Präsidenten  
in U.S.A.

Hatte schon das Wahlergebnis im November die Hauptlinien der neuwählenden Politik erkennen lassen, so hat nun der neue Präsident als der einunddreißigste der Vereinigten Staaten mit dem eindeutigen Pomp, den das amtliche Amerika an diesem einzigen Tage, dem 4. März, traditionell entwirkt, die Grundlinien seiner Politik für die nächsten vier Jahre in seiner Botschaft bei der Edesablegung klar umrissen.

In Europa interessiert in erster Linie, was Hoover zu den europäischen Angelegenheiten zu sagen hat. Den Grundgedanken des amerikanischen Volkes Rechnung tragend, d. h. den dort so beliebten Missionsvorstellungen, kommt Europa eigentlich nur unter dem Gesichtspunkt des Aufbaus und der Erhaltung des „Weltfriedens“ in Betracht. Hierfür wird Amerika stets zu haben sein. Als praktisches Beispiel bezeichnet er hierfür das Haager Friedenstribunal, bisher noch umstritten, und Gegenstand sehr erfriger Propaganda einer zahlenmäßig nicht allzu großen, dem individuellen Gewicht nach allerdings bedeutenden Gruppe, hat somit der Haag eine wichtige amtliche Anerkennung gefunden. Fernerhin verbleiben die programmativen Forderungen Amerikas in bezug auf Abrüstung. Hier dürfen allerdings die eindeutigsten Erklärungen des ausscheidenden Präsidenten aus den letzten Wörtern, welche geradezu auf das alte europäische „si vis pacem para bellum“ hinauslaufen, nicht die geringste Abweichung erlauben. Deutlich ist die Abhängigkeit derjenigen, welche noch etwa Hoffnungen jezen sollten auf den Eintritt in den Völkerbund. Im ganzen führt man eine verhältnismäßige Sicherheit durch, daß man auch ohne sichtbaren Apparat heute nicht zu fürchten braucht, die eigentliche Fühlung mit dem Lebendepuls Europas namentlich



Atlantic Photo-Co.

in allen Fragen des Wirtschaftlichen zu verlieren. Dies braucht nicht bedeuten, so wurde als Desinteressement an Europa, wenn man auch verflucht sein könnte, in der so starken Bedeutung der Interessen am Ausbau idealer Beziehungen zu den zentralen und südamerikanischen Staatengebilden eine mindestens vorübergehende Abhängigkeit von Europa zu erkennen.

Zweifellos bedeutsam ist die Ernennung des neuen Ministers des Auswärtigen (Secretary of State) Henry Lewis Stimson. Stimson, neuengländischer Herkunft, bereitete sich auf die Yale-Universität (einer der ältesten und „als durchaus aristokratisch“ geltenden Universitäten) auf den Rechtsanwaltsberuf vor, von welchem aus er wiederholte den Weg in führende politische Stellungen fand, so in den Tagen von Roosevelt in die Stellung eines Generalstaatsanwalts, in welcher Stellung er sich namentlich in den Bekämpfung der Trufts einen Namen machte. Es wäre für ihn ein leichtes gewesen, sich im Weltkrieg Wilson in Washington zur Verfügung zu stellen; statt dessen zog er als Kommandeur eines Feldartillerieregiments an die Front. Diplomat und Außenpolitiker wird er erst nach dem Kriege, und zwar in der außerordentlich wichtigen Position des Gouverneurs der Philippinen. Hier ist es ihm als erstem gelungen, eine Mithilfebegleitung der eingeborenen Elemente an der amerikanischen Regierungsmaschinerie durchzuführen. Besonders bekannt wird von dem Amerikaner in eben dieser Art seiner Amtsführung der Zug vom Imperialistischen zum Humanitären, so ganz den fundamentalen Volksgefühlen Amerikas entsprechend, was sich ja auch in dem Amerika geschaffenen Institute of Pacific Relations in Honolulu befand. Weitere überdurchschnittliche Bekämpfung gerade für die Einigung einer panamerikanischen Politik dokumentierte dieser neue Staatspräsident, von jetzt an zur rechten Hand im Kabinett von Herbert C. Hoover, in der erfolgreich durchgeführten Schiedsrichterrolle im Maragaz-Streitfall. Eine gewiss recht beachtliche Vereinigung von führenden Eigenschaften des Verwaltungsbeamten, des Militärs und des Außenpolitikers.

Will man also die außenpolitischen Tendenzen, soweit dies überhaupt im Augenblick möglich ist, einer Schätzung unterwerfen, so bat man es wohl für die nächsten vier Jahre schwierig mit einer Politik des Hemdmärsels zu tun, sondern mit einer starken, wirtschaftsfreien Hand. Ohne das hierfür das Kabinett Hoover formal verantwortlich gemacht werden kann, ist sie schon als ausgeprochen „nationalistisch“ Gesichtspunkten dienend bedeutsam worden anlässlich der Entscheidung über das Einwanderungsgesetz. In das Erstamt über diese Entscheidung, welche gerade die deutsche Einwanderungsquote befreit und in Deutschland sowie vielleicht noch mehr unter den Amerikanern deutsche Arbeit als ein fast unzweckmässiger Mifion empfunden wurde, auch zu einem gewissen Grade unzureichend fertig — wenn man nämlich den amerikanischen „Formalismus“ bedenkt — so ist eine solche Entscheidung doch nur dadurch möglich geworden, daß man sie heute an allen maßgebenden Stellen im Vorstoß eines hundertprozentigen Amerika-Programms durchaus auf volksstümlichen Boden glauben darf.

Auf das Innere gesehen steht sich die Wirtschaft des Präsidenten nun vielleicht noch um mehrere Nuancen präziser als seinerzeit im Nebel der Wahlkampagne auf das damals zugrunde gelegte Programm ein. Um jeden Preis, und zwar mit ausdrücklicher Erwähnung zum Schluß der „Einzelnen in der Nation, fallen Prohibition und Prohibition verwirklicht werden. Prohibition erfordert praktische Konsequenzen auf gesetzgebendem Wege an die jahre vor Hoover, politisch geschiehlt Noch der Landwirtschaft. Belebt wird die Wichtigkeit auf der wissenschaftlichen Erziehung sowie der Erziehung sowie der Erziehung im Wirtschaftsleben der Nation, seien sie monetärer (Mississippi-Überbewirtschaftung) oder sozialer Natur. Die endgültige Gestaltung der Tarifpolitik der Vereinigten Staaten dagegen wird deutlich von den geistigberührten Körperschaften der Landesverteidigung als Ausgabe überwiegen.

Wie bereits anlässlich der Wahl Hoovers im „Heimatdienst“ hervorgehoben wurde, ist Hoover Quäfer, womit wohl über allen Zweifel auch die Ehrlichkeit seiner persönlichen Einstellung in der Frage der Durchführung des Prohibitionsgesetzes zum Ausdruck gegangen. Ein Quäfer, mit einem Stammbaum, dessen ursprüngliche Wurzeln zum süddeutschen Scholle (Baden) festgestellt werden sind, dessen gesamte verhundertjährige und ehrliche Orientierung indessen mindestens ebenso zweifellos heute als im Angelsächsentum verankert und durch dieses bestimmt angesehen werden muß.

Dr. K. G. Berling.

## Der deutsch-litauische Handels- und Schiffsvertrag.

Am 19. Februar d. J. unterzeichnete der litauische Staatspräsident Smetona die Ratifizierungsurkunde des deutsch-litauischen Handels- und Schiffsvertragsvertrags, der am 30. Oktober d. J. in Berlin nach langwierigen, etwa 2½-jährigen Verhandlungen nebst einem Konsular- und Rechtswechselseitvertrag von beiden Partnern unterzeichnet und am 7. Februar d. J. von den Deutschen Reichstags angenommen worden war. Am 22. Februar erfolgte in Romow die

Austausch der Ratifizierungsurkunden. Gleichzeitig trat der Vertrag in Kraft. Er bildet das Kernstück eines größeren Vertragsvertrags von zehn Verträgen, von denen acht bereits abgeschlossen sind. Der alte, am 1. Juni 1923 unterzeichnete, aber erst am 1. Mai 1926 ratifizierte Handelsvertrag entsprach nicht mehr den Bedürfnissen beider Länder und bedurfte dingend einer Revision, doch erwies es sich, da deutschfeindschaftliche Interessen des gleich Litauens vornehmlich agrarischen Österreitens zu wirtschaftlichen Überlegenheit übertrieben eingeschäfft wurde, daß der Interessenausgleich trotz der unter politischen Verhältnissen auf fast unüberwindbare Schwierigkeiten stieß. Nach der Unterzeichnung des Vertrags setzte in der litauischen Oppositionspreß, den Blättern der christlichen Demokraten und der Volkssozialisten, ein Sturm der Entrüstung ein, dem jedoch vor allem politische Motive zugrunde lagen. Die litauische Opposition wollte sich die Gelegenheit zu Angriffen gegen die Regierung nicht entgehen lassen und wurde daher von den Staaten, denen eine Annäherung zwischen Deutschland und Litauen nicht in ihre Politik paßt, leicht beeinflusst. Diese Blätter machten der Regierung den Vorwurf, sie hätte die Land der Deutschen zur Kolonisation ausgeliefert, „verkauft“, ohne dafür erhebliche Vorteile erhalten zu haben, und behaupteten, Deutschland hätte eine politische Zwangslage Litauens rücksichtslos ausgenutzt. All diese Vorwürfe sind leicht zu widerlegen, da die neuen Vereinbarungen mit ganz unbedeutenden Ausnahmen gegen seitigen Charakter haben und die beiderseits beschlossenen Meistbegünstigungsverträge auch Deutschland verpflichten, den Staaten, mit denen Litauen Meistbegünstigungsverträge abgeschlossen hat, diese Zugewandtheit zu machen. Mit gleichem Rechte könnte daher auch von einer Deutschland drohenden Gefahr der litauischen „Kolonisation“ Österreitens gesprochen werden. Der wirtschaftlichen Stärke Deutschlands dürfte es allerdings weit eher gelingen, maßgebenden Einfluß auf die litauische Wirtschaft zu erlangen, als es umgekehrt der Fall sein könnte, obwohl der stärkere Partner, d. h. Deutschland, sich mit dem Grund der Gegenfeindschaft begnügt und nicht größere Vorteile erwirken hat, därfte doch wohl die Tatsache, daß er das größte Gewicht auf die Herstellung eines freundlich-politischen Verhältnisses gelegt hat, unverkennbar sein.

Die Heftigkeit der insbesondere von auswärtigen Einflüssen aufgeschütteten Opposition läßt freilich erkennen, daß es sich hier nicht um einen der üblichen Meistbegünstigungsverträge der Nachkriegszeit handelt, sondern daß der in seiner Bedeutung vielerlei unterschiedliche Vertrag von ganz besonderer außenpolitischer Bedeutung ist. Litauen hat es sich darin ausdrücklich vorbehalt, nur den baltischen Staaten Lettland und Estland Sondervergünstigungen einzuräumen, und Deutschland hat diese „baltische Klaufel“ anerkannt. Dagegen werden weder der Sowjetunion noch Polen jahrlange Vergünstigungen in Aussicht gestellt, wie ja auch der bisherige deutsch-litauische Vertrag die „russische Klaufel“ nicht enthielt, und da auch im neuen Vertrag Polen den baltischen Staaten nicht zugegeben wird, ist ihm für diesen Geltungsdauer — also für fünf Jahre und, falls der Vertrag nicht sechs Monate vorher geändigt worden ist, auf unbestimmte Zeit — das Zugewandtheit dieser litauischen Sondervergünstigungen unmittelbar gemacht, und auch der Umweg zu ihnen über den neuen östlich-polnischen Handelsvertrag, der alle Estland zugewandten Vergünstigungen auch auf Polen überträgt, ist für Polen nicht befriedbar. Die Einführung der „russischen Klaufel“ in den neuen Vertrag unterblieb, obwohl sich eben das litauische Regierungsblatt für „notwendig und nützlich“ erklärt hatte. Somit hat Litauen nicht nur auf die wirtschaftliche Anziehung an Polen, sondern auch auf eine solche an die Sowjetunion verzichtet, dagegen den Weg zum engen Zusammenschluß mit Lettland und Estland offengelassen.

Der Handelsvertrag ist ein Instrument ohne Tarifanlage, das in tariflicher Beziehung auf den Bestimmungen des Vertrages von 1923 aufgebaut ist. Er ruht auf dem Grundsatz der Meistbegünstigung, gewährt aber darüber hinaus den Angehörigen der Vertragsstaaten vielfach — namentlich in der Niederlassungsfrage — Inländerprivilegien. Die ersten drei Artikel regeln das Niederlassungsrecht in liberaler Weise, indem sie den Angehörigen der Vertragsstaaten in bezug auf Handel, Gewerbe und Schiffahrt die den Inländern und den Angehörigen der meistbegünstigten Staaten gewährten Vorrechte, Befreiungen und Vergünstigungen aller Art und, innerhalb der von den Landesgesetzen gegebenen Grenzen, gleich den Inländern auch solche Freiheit zur Ausübung jeder Art von Handel, Gewerbe oder Beruf, sofern das Landesgesetz diesen Beruf nicht nur dem Inländer vorbehalt zu gestehen. Unter der Voraussetzung der Wahrung der Landesgesetze dürfen Angehörige eines Vertragsstaates das Gebiet des anderen Staates frei betreten und bereisen, sich darin aufzuhalten und niederzulassen und es jederzeit frei verlassen. Die befehlenden litauischen Vorschriften über die Zolls- und Paktförderung für Ausländer bleiben in Kraft. Den Angehörigen der Vertragspartner werden für ihre Person und für ihre Güter die Rechte der Inländer auch auf den Gebieten des

Steuern, Zölle, Gebühren und anderen Lasten, des Arbeitsschutzes, der öffentlichen Fürsorge, der Arbeitszeitregel und der Sozial- und Arbeitslosenversicherung zuteilt. Im alten Vertrage war nur von einer „wohlwollenden Behandlung“ die Rede. In bezug auf den Erwerb, den Besitz und das Verfügungsrrecht über demagogisches und unbemerkbares Vermögen räumt der Vertrag allerdings nur Meßbegrenzungsberechtigte ein. Litauen hat sich das Recht vorbehalten, das Übertragungsrecht durch Sonderbestimmungen einzuschränken, und hat das bisherige Verbot des Kinderwerbes durch Ausländer in Kraft belassen. Somit gibt der neue Vertrag für die litauische Bevölkerung einer „Überschwemmung“ Litauens durch deutsche „Kolonialisten“ keinen Anlaß. Im Schlusssatz zum Vertrage ist der Abschluß eines Abkommens über die Saisonarbeiter und die Eindämmung des Rechts zur Weiterarbeit der deutschen Vertriebsunternehmungen im Memelgebiet sowie eine Regelung der Saatgutlieferung vorgesehen. Ferner wird wohlwollende Behandlung in Sachen der Arbeitsentlohnungen in Aussicht gestellt. Das am 16. Juni 1923 unterzeichnete Zusatzaufkommen über den kleinen Grenzverkehr erwartet jetzt seine Ratifizierung.

Unverändert geblieben sind die Artikel über die **Ein-, Aus- und Durchfahrt der Waren**, in denen auf jedes Derb, so weit es sich nicht um die öffentliche Sicherheit und den Gesundheitszustand für Tiere und Pflanzen handelt, als unfairsthaft verdächtigt wird. Dieser Strafengesetz ist das Hauptthema der Verhandlungen und da Gesundheitspolizei nur ein begrenztes Kontingent von Vieh und Fleisch aus Alsfeld auf die obernpreußischen Landwirtschaft und auch auf etwaige Mehlbelieferungsanstalten Polens zugeschlagen werden konnte, feste gerade hier die Kritik der Provinz ein.

Auf dem Gebiete der Zölle enthält der Vertrag nur die Zusicherung des Meistbegünstigungs, doch verpflichtet sich Litauen, die Ausfuhrzölle für unbearbeitetes Holz, allgemein gültig, um 50 v. H. herabzuführen und vom Inkrafttreten des Vertrages an seine Auszubröhre oder Abgaben auf gewisse tierische Erzeugnisse (Rohhaar, bearbeitete Borsten, Hörner, Knochen, Häute, Felle u. a.) zu erheben. Die Herabsetzung der Holzzölle ist für Ostpreußens Holzhandel und Industrie von außerordentlicher Bedeutung. Dasselbe darf über die neuen Bestimmungen über den Schiffsverkehr und die Flößerei auf der Memel sowie über die Erleichterungen der Binnenschiffahrt und Flößerei überhaupt, zumal der Durchflößerei von Holz dritter Staaten nach Deutschland, gesagt werden. In den Bestimmungen über den Seeschiffsverkehr in die Inländerpartie an die Stelle der Meistbegünstigung treten. Von großer Bedeutung ist schließlich die Regelung des Verkehrstarife, nach denen auf den Eisenbahn durchgangsstrecken von und nach den ostpreußischen Eisenbahnischen Häfen keine ungünstigeren Durchfahrtstarife zur Anwendung zu bringen sind, als für den Durchgangsverkehr von und nach den eigenen Häfen. Dadurch wurde vor allem verhindert, daß die alte Zuflüssefrage des Orients nach Königsberg nach Memel abgewichen wurde, das diesem Verkehr in seiner Weise gewachsen wäre. Obwohl sich die Memelländer in diesem Punkte der litauischen Opposition anschlossen, konnten ihre zu weit gehenden Wünsche nicht berücksichtigt werden. Alsdann fanden beide Parteien überein, die direkten Gütertarife zwischen Königsberg (Pillau) und den litauischen Stationen wie auch den jenseits Litauens gelegenen Stationen herzustellen. Die Frage der Ursprungszugnisse wurde nach den deutschen Wünschen geregelt, die der Auswandererbeförderung und -Anmwerbung nach dem Grundzüge der Meistbegünstigung. Die im Vertrage enthaltenen Schiedsgerichtsfläue, die am 29. Januar v. J. in Berlin unterzeichnet worden war, ist auf fünf Jahre abgeschlossen und läuft automatisch weiter, falls die 40-jährige Kündigung ausbleibt.

Der neue Vertrag beweist eine allgemeine Vereinigung der zwischen Deutschland und Litauen entstandenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, und man tut wohl nicht unrecht, wenn man sich der Hoffnung hingibt, daß er insbesondere der öppreußischen Wirtschaft neue Perspektiven für einen gesunden Handelsverkehr mit Litauen eröffnet und diesen Verkehr stark beleben wird. Mdg.

## Nordschleswigs Schulforderungen im deutschen Reichstag.

Die Ablehnung, die das dänische Unterrichtsministerium im Februar 1927 den vom Deutschen Schulverein für Nordwürttemberg vorgebrachten Schulforderungen erteilt hat, ließ die Frage keineswegs zu Ruhe kommen; vielmehr hat der Vertreter der Schleswigschen Partei, wie die politische Organisation der Deutschen in Dänemark genannt wird, Peter Schmidt-Wodder, die gleiche Forderung in Form einer Gesetzesvorlage wiederholt, die er im dänischen Reichstag eingebracht und dort in einer längeren Rede am 19. Februar vertreten hat.

Die Vorlage ist von zwei Gesichtspunkten bestimmt:

1. daß das Schulwesen einer nationalen Minderheit von den eigenen Organen dieser Minderheit unter staatlicher Aufsicht verwaltet werden sollte;
2. daß die wesentlichen Kosten dafür aus öffentlichen Mitteln aufzunehmen werden müssen.

Bei der öffentlichen deutschen Volksschule fehlt das erste, während das zweite zutrifft; bei der deutschen Privatschule wiederum ist das erste bis zu einem Grade gesichert, während so gut wie alles für das zweite fehlt.

Diesen Mängeln soll nun auf folgende Weise abgeschlossen werden:  
1. dadurch, daß deutsche Schulkommissionen für deutsche, öffentliche und private, Schulen gebildet werden;  
2. daß der Staatszuschuß zu den deutschen Präparatenschulen

wesentlich erhöht wird;

3. außerdem soll die bisherige Schulordnung auf die höheren Schulen ausgedehnt oder die Möglichkeit für eine höhere deutsche Schule, private oder öffentliche, geschaffen werden;

4. die Ausbildung der Lehrer dürfte am besten auf deutschen Anfängen erfolgen, wobei nicht ausgeschlossen sein soll, daß die Lehrer auch in das dänische Schulwesen eingeführt werden;
5. wo nicht eine öffentliche deutsche Schule errichtet werden kann, sollen die Kinder das Recht haben, eine etwaige deutsche Schule, das *Deutschschulwesen*, zu besuchen.

Schmidt-Wodder wies in seiner Begründung auf die Durchführung der fulturellen Selbstverwaltung für die deutschen Minderheiten in Lettland und Estland hin. Auch die dänische Gesetzgebung geige Anlässe zu einer Berücksichtigung der Minderheitenrechte, wenn auch nur den Bewohnern Grönlands, der Färöer und Islands gegenüber. Dagegen glaubte man merkwürdigerweise, den Deutschen gegenüber Wunsch verweigern zu müssen. Andererseits gebe die neu preußischen Minderheiten-Schulordnung den dänischen Minderheit südlich der Grenze viel weitergehendere Rechte in Fragen der Privatschulen und höheren Schulen, als der deutschen Minderheit in Dänemark aufzuweisen.

Die Vorlage Schmidt-Wodders und seine Begründung zeigen deutlich die Mängel des deutschen Minderheitenschulwesens in Nordhessen. Die vier höheren deutschen Schulen in den vier Städten des abgetrennten Gebiets sind restlos verschwunden. Aber auch selbst unter den öffentlichen Elementarschulen Nordhessens gibt es keine einzige rein deutsche Schule, weder staatliche noch kommunale im Sinne der deutschen Minderheit, die deutsche Schulaufsicht, deutschen Lehrkörper, deutsche Lehrkräfte, eine sogenannte deutsche Gefinnungsschule beansprucht. Es liegt lediglich öffentliche dänische Staatschulen, etwa 30, mit deutschen Zügen, d. h. auf dem dänischen Lehrplan nimmt die deutsche Sprache eine bevorzugte Stellung ein, während dänische Lehrer den Unterricht erteilen. Um die noch wenigen verbliebenen deutschen Lehrer zu entfernen, hat man eine mehr als hundertjährige Verordnung, die das anordnet, herumgesohlt.

Der Unterrichtsminister Byrskov wiederholte seine vor zwei Jahren dem Deutschen Schulberater gegenüber vertretene Ablehnung und erklärte sich "nur bereit, im Auslaß einzelne Punkte zu erörtern. Seine Ablehnung suchte er u. a. mit dem Satz zu begründen, daß „dänische Schulinder nicht schlechter gefällt werden dürfen als deutsche“, was der Fall würde, wenn die Vorlage Geißel würde. Da die Forderungen Schmidt-Wodders nicht das in Dänemark anstreben, was in Deutschland nach der neuen preußischen Minderheitenschulordnung bereits gilt, so gab damit der dänische Unterrichtsminister zu, daß die deutschen Schulinder in Dänemark schlechter gefällt wären als die dänischen Schulinder in Deutschland, daß damit also die angeblich liberalen dänischen Schulgesetzgebung verheerungsfähig wäre.

Die Debatte über die Vorlage zeigte, daß der Untertridsminister mit seiner schroffen Ablehnung ziemlich allein stand, während die Wortführer der Parteien doch recht viel Verständnis für den deutschen Vorschlag und auch einigermaßen Entgegenkommen bewiesen. Der konserne Wirtschaftsminister erklärte die neue Augenbildung für die Vorlage psychologisch gut gewählt, weil die neue preußische Minderheitserziehung, die die Grundlage für die Forderungen gebe. Er trat dafür ein, vorg alle Schulen der deutschen Minderheit Privatschulen sehn sollten, und die durch erhöhten Staatszufuhr denken, der sich den südlich der Grenze bewilligten anpassen. Deut zahl Dänemark für den deutschen Privatschüler 30 Prozent, Preußen 60 v. H. des Lehrerbedarfs, was für den einzelnen dänischen Schüler etwa 30 M. ergibt. Der frühere Kirchenminister Poulsen anerkannte namens der Radikalen die Beurteilung für eine günstigere Stellung der deutschen Minderheit in Nordjütland und der Sozialdemokrat J. P. Petersen nahm harte Stellung gegen den Untertridsminister: die dänischen Behörden seien das Recht der deutschen Minderheit befehlt. Er holt es für die Pflicht des Staates, das gesamte Schulwesen aufzurichten und damit die Privatschulen überflüssig zu machen. Die deutschen Kinder mügten die Möglichkeit haben, in ihrer Muttersprache

unterrichtet zu werden, aber auch die, an dänischen Universitäten und gebrauchten zu studieren.

Die Ausicht besteht also, daß die deutschen Schlußforderungen für Norddeutschland diesmal auf parlamentarischem Wege der Verwirklichung eines Schritts näherkommen, während die Verwaltungsinstanzen bisher nur abgelehnt haben. Das Verbliebene dagegen liegt vor allem in Schmidt-Wodders maßvoller abwägender Taktik und in seinem persönlichen Ansehen, insfern als er als einziger Abgeordneter seiner Landesknekte die Mehrheit des Parlaments bis zu einem Grade für sich gewinnen konnte; dann aber ist auch die neue preußische Minderheitenschulverordnung von erheblichem Auschlag gewesen, da die Dänen nicht gut das Entgegengenommen dieser Verordnung gänzlich unantwortet lassen konnten. Genuß werden durch die wohlwollenden Beschlüsse des dänischen Reichstagsausschusses keine volle Erfüllung der deutschen Forderungen bringen, aber dieser Fall hat immerhin gezeigt, auf welchem Wege allmählich die zwischen Dänemark und seiner deutschen Minderheit bestehenden Unstimmigkeiten auszugleichen werden können.

### Eine polnische Dünafestung.

Als die im April 1920 begonnene Offensive der unter dem Oberbefehl Marschall Piłsudski stehenden polnischen Truppen vor Nier zusammenschrach und die Truppen der Sowjetregierung den beschleunigt zurückfließenden Polen nachjagten, hielt man vielfach Polen für verloren. Doch die Kräfte der Sowjetregierung reichten für eine Ausnutzung ihres Erfolges nicht aus, und es geschah das „Wunder an der Weichsel“: die Polte Arme zerfiel, und der russisch-polnischen Krieg endete mit einer derart verzweifelten Lage der Sowjetregierung, daß diese sich nach langwierigen Verhandlungen gezwungen sah, am 18. März 1921 in Riga einen Friedensvertrag zu unterzeichnen, in dem sie an Polen etwa 3000 Quadratkilometer Land abtrat. Die in diesem Vertrage genau festgelegte polnisch-litauische Grenzlinie, die sich viele Kilometer östlich von der im Präliminarvertrage vom

Gebiete entrißt hatte. Am 15. März 1923 befäligte die polnisch-litauische Konferenz die kurz zuvor vom Volkskundsrat festgelegte litauisch-polnische Demarkationslinie, aber Litauen hat diese Grenzziehung bis heute nicht anerkannt. Dieses polnische Gebiet, das sich wie ein Keil zwischen die Sowjetunion und Litauen schiebt und im Norden an Lettland grenzt, wird als östliches Gegenstück zum westpreußischen (Danziger) Korridor der polnische Ostkorridor genannt.

Während von polnischer Seite der Vertrag gemacht wird, die Westvergeltung vom Danziger Korridor mit der Notwendigkeit zu begründen, den polnischen Staate einen Zugang zum Meer offen zu halten, läßt sich für die Westvergeltung vom Ostkorridor nicht einmal ein derartiges Argument anführen. Begründet wird die Annexion mit dem angeblich polnischen Charakter dieses Landstreifens; denn der im Wilnaer Gebiet gelagerte reiche polnische Landstreifelbucht hatte einigen wenigen polnischen Magnaten die Herrschaft über eine verarmte, teils litauische, zumeist aber westpreußische Bauernsiedlung verliehen; doch der Hauptteil des schmalen Korridors war doch zweifellos die von Polens westlichen Freunden gewünschte Schaffung einer trennenden Barriere zwischen der Sowjetunion und Litauen bzw. Deutschland und die Bevölkerung des Verkehrs zwischen Deutschland und Russland über Litauen.

Eine Declaratur des offiziösen Warschauer Blattes „Epoka“ hat nun diesen Ostkorridor wieder in den Mittelpunkt des Interesses gerückt. Das Blatt brachte einen Artikel, der auf einen in amtlichen politischen Kreisen bestehenden Plan hindeutet, um polnischen Dünaufer bei der Ortschaft Drusja, hort vor dem Eintritt der Duna ins lettändische Territorium, einen großen polnischen Hafen zu schaffen, und zwar einen Hafen, der eine kaum geringere machtpolitische Bedeutung haben würde als sein Gegenstück im Westen, im Danziger Korridor, der Hafen von Gdingen, einen Hafen und eine Feste, die derartige lettändische Festungen Dünaburg stützpunktweise verhindern würde. Da die Duna bei Drusja recht seicht ist und nur im Frühjahr eine Holzflößerei eine Holzflößerei, nicht aber eine eigentliche Schifffahrt gestattet, zahlreiche Stromschnellen und Steinbänke sogar die Flößerei behindern und eine Schifffahrt auf dem Flusse nur möglich sein würde, wenn in den Kettsteinbünden der Duna eine etwa 150 Kilometer lange Fahrerinne gesprengt würde, sind die wirtschaftlichen Ausichten des Hafenbauplans überaus fragwürdig. Erstes zu nehmen wäre dogmatisch der Bau einer Festungsanlage bei Drusja, denn sie würde Polen die Herrschaft über den Mittellauf der Duna in die Hand geben und von dieser Landesreise aus einen strategischen Druck Polens auf Russland, Litauen und auch Lettland ermöglichen. Polen könnte hier die für die lettändische Holzverarbeitungsindustrie überaus wichtige Flößerei des russischen Holzes nach Lettland unterbinden; es könnte von dieser Flößerei aus auch die Bahnhöfe Riga—Dünaburg—Młoszki bedrohen; des weiteren erhielte es ein Zentrum für seine Einmündung auf die schon jetzt von ihm stark beeinflußte, von polnischen Siedlern bewohnte lettändische Provinz Lettgallen. Mit dem Ostkorridor ist die Strecke Dünaburg—Grodno der für den russischen Eisenbahnverkehr eine überaus wichtige Bahnmagistrale Königsberg (Petersburg)—Wien-Hanau in die Hand Polens gelangt, und eine Festung Drusja würde den Schutz der polnischen Endstation dieser Strecke übernehmen können. Schließlich würde die Festung den starken, im Ostkorridor untergebrachten polnischen Truppenmassen als Stützpunkt dienen.

Im Lettland, auf dessen südlicher Gebietsseite Niemen wiederholt Ansprüche erhoben hat, erzeugt der von der „Epoka“ bekanntgegebene Plan lebhafte Begeisterung. Desgleichen hat in Litauen und in der Sowjetunion die Ausicht auf die Errichtung eines polnischen militärischen Stützpunktes an der Duna sehr verstimmend gewirkt, aber auch andere europäische Staaten müssen in diesem Plan ein neues bedeutendes Schildchen für das Anwachsen des polnischen Militarismus erachten.

Mly.

### Die Invalidenversicherung.

Bei keinem Versicherungsangebot hängen soviel Wünsche und Erwartungen, wie an der Invalidenversicherung.

Verdiente verlangen leichtere Voraussetzungen im Erwerb der Renten oder längere Dauer beim Winderhaltung und der Wohlfahrt: Der Verlust von zwei Dritteln der Erwerbsfähigkeit oder Vollendung des 45. Lebensjahrs sei eine harte Voraussetzung, es genüge für die Invalidenrente die Einbuße der halben Arbeitskraft



12. Oktober 1920 vorgeschlagenen Curzon-Grenzlinie bliebzig, beginnend im Norden an der lettändisch-russischen Grenze, d. h. der alten Verwaltungsgrenze zwischen den ehemaligen Gouvernements Wilna und Wiltsch östlich des im Osten der lettändischen Festung Dünaburg gelegenen Ortes Drusja und biegt hier nach Süden ab, zieht bis zu den Quellen des Memeläflusses (Nemen) und erreicht schließlich in recht gerader Linie den Dünabfluß nordöstlich von Tarnopol. Durch diese Grenzziehung war Polen in den Beitzig'schen Streit des linken Ufers des Dünabusses gelangt. Das rechte Ufer gegenüber ist lettändisches Gebiet; kurz vor Dünaburg wird auch das linke Ufer des Stromes lettändisch. Weitlich von diesem von Polen neuverworbenen Landstück an der Duna zieht sich nach Südwesten die problematische Grenze des Freistaats Litauen, dem der polnische General Zehnwolt durch einen Generaltheft am 9. Oktober 1920 die alte litauische Hauptstadt Wilna mit dem gesamten zum ehemaligen Gouvernement gleichen Namens gehörenden

oder das Alter von 60 Jahren und für die Witwe der Tod des Ernährers überhaupt ohne Nachweis der Erwerbsbeschränkung; Kinderzuschüsse und Witwrenten sollten nicht schon mit dem 15., sondern erst mit dem 18. Lebensjahr wegfallen.

Das hätte viele neue Versicherungsfälle und eine längere Laufzeit der Renten als Folge. Gegen Invalideität sind rund 18 Millionen Arbeiter verpflichtet. Jetzt sind schon rund 2 Millionen Invaliderenten, 465 000 Witwen- und Witwrenten und 720 000 Witwrenten im Laufe. Die Rentenzahl ist hoch, aber die natürliche Folge der seit 1. Januar 1891 bestehenden Invalidenversicherung und der Verluste im Kriege.

Erwartet werden ferner höhere Geldleistungen. Die Invalidenrente umfasst Grundbeitrag und Kinderzuschuß als feste, Steigerungsbetrag und Kinderzuschuß als bewegliche Bestandteile; der Kinderzuschuß beträgt 10 RM. im Monat. Die Invalidenrente ohne Kinderzuschuß ist von 42 RM. im Monat. Die Kinderzuschuß ist im Reichsbudschuß 55 RM., auf dem Lande 25 bis 27 RM. und in der Industrie 45 bis 48 RM. im Monat. Die Erhöhung beim Grundbeitrag oder Reichsbudschuß um 1 RM. Monat erfordert die Jahresausgabe von 55 bis 58 Mill. RM.

Während die Angestelltenversicherung das ganze Geldbeitrag und darüber hinaus noch eine freiwillige Höherversicherung zuläßt, berücksichtigt die Invalidenversicherung nur den Wochenlohn bis zum Höchstbetrag von 42 RM.; höhere Löhne werden weder für den Beitrag noch für den Steigerungsbetrag in Rechnung gestellt. Die Gewerkschaften verlangen in diesem Punkte die Gleichstellung mit der Angestelltenversicherung und deshalb die Aufstockung neuer Lohn- und Beitragsklassen. Das bräuchte zunächst höhere Beiträge, später aber auch höhere Leistungen, weil ein Fünftel der Beiträge als Steigerungsbetrag in der Rente zurückfessel wird. Im Jahre 1929 werden die Versicherungsansprüche für Renten, freiwillige Leistungen und Verwaltung 280 Millionen RM. aufwenden müssen; dazu kommt noch der Reichsbudschuß von 212 Mill. RM. zu den Renten aus der Invalidenversicherung und der Reichsbudschuß von 164 Mill. RM. für Steigerungsbeträge aus Beiträgen der Vor-inflationszeit.

Auf Grund der Erklärung, welche die Reichsregierung am 27. Februar 1929 über die wirtschaftliche Entwicklung und die reparationspolitische Belastung in Reichstagsrede abgab, stellte der sozialpolitische Ausschuß des Reichstags mit ganz überwiegender Mehrheit die Beratung der Anträge zur Invalidenversicherung bis auf weiteres ein. Die Reichsregierung hat nicht ausgesprochen, daß die Anträge auch in ihren fachlichen Werte unberücksichtigt seien, sie verneinte nur für jetzt die Erfüllungsmöglichkeit.

In der Öffentlichkeit herrschten verschiedene falsche Vorstellungen über das Vermögen der Versicherungsträger. Bei den Krankenkassen und Berufsgenossenschaften sind erhebliche Mittel für langfristige Kredite nicht vorhanden. Die Beiträge bringen im allgemeinen nicht viel mehr ein, als zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben jeweils notwendig ist. In der Invalidenversicherung sind noch für drei oder vier Jahre Überschüsse zu erwarten, die dann den Fehlbetrag der darauffolgenden Jahre decken müssen. Dabei ist allerdings vorausgesetzt, daß sich der Arbeitsmarkt nicht wesentlich verschlechtert und daß nicht neue Leistungen ohne neue Beiträge den Versicherungsansprüchen auferlegt werden. Verhältnismäßig gering ist das Vermögenstand in der Angestelltenversicherung, in der Hauptstufe wegen des hohen Zuwordes an neuen Mitgliedern.

Der Verwaltung und Anlegung der Versicherungsmittel wurde in den letzten Jahren besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Bei der Bewirtschaftung der Mittel gebührt dem Versicherungsweser der unbeherrschte Vorrang. Die Versicherungsträger werden daher ihren Kaschienstand verringern und sich im Erwerb von Grundstücken zu rücksichtung aufzulösen. Die freien Mittel können und sollen als Beitrag für die Bildung eines Geldstroms aus inländischen Quellen dienen. Es ist erklärt, daß jedoch zunächst das örtliche Kreditbedürfnis befriedigt wird; dieses Bedürfnis darf aber nicht überschritten werden. Im Vordergrunde steht das Kreditbedürfnis der Volkswirtschaft im allgemeinen und des Haushalts des Reichs und der Länder. Notwendig ist aber auch die Förderung des gemeinschaftlichen Wohnungsbauens, des ländlichen Siedlungswesens und der landwirtschaftlichen Meliorationen. Zwischen diesen konkurrierenden Belebungen muß ein angemessenes Ausgleich gefunden werden. Die Sozialversicherung ist nicht bloß mit der Volkswirtschaft, sondern auch mit dem Reichshaushalt auf Gedeih und Verderben verbunden. Darauf werden die Versicherungsträger die Rücksicht nehmen müssen, die mit dem Versicherungsweser vereinbart ist. Wird dem Reich für das Jahr 1929 der oben genannte Reichsbudschuß von 164 Mill. RM. gegen Hingabe von Schätzsummenungen oder sonstigen Schätzurkunden gefundet, so ist vor einer Maßnahme, welche die sozialpolitischen Zwecke der Invalidenversicherung nicht beeinträchtigt, dem Reich aber die Ableitung des Haushalts 1929 möglich macht. In Zeiten der Not warten es niemals die Länder oder Provinzen, sondern immer nur das Reich, das für die Träger der Invalidenversicherung eingetreten ist, z. B. während der Inflation und dann auch noch im Jahre 1925.

Ministerialdirektor Dr. Grieser, Berlin.

## Arabien als neues Unruhezentrum im nahen Orient.

Neben Afghanistan scheint sich nunmehr in Arabien ein Unruhezentrum im nahen Orient zu bilden. Die Nachrichten, die aus dem Hedjaz kommen, sind zwar zunächst noch unklar. Sie lassen aber keinen Zweifel darüber, daß in Innerarabischen Unruhen gegen Ibn Saud ausgetragen sind, die für uns nicht unbedeutlich sind, da sie gerade von jüdischen Stämmen ausgehen, die seinerzeit die hauptstädte Ibn Saus bei der Aufrichtung seiner Herrschaft im Hedjaz gewesen sind.

Der Grund dieser Unruhen dürfte wie in Afghanistan zunächst einmal in der Unzufriedenheit der Stämme mit den Reformen zu suchen sein, die Ibn Saud mit eifriger Faust in seinem Reich durchzuführen beabsichtigt in dem Befreien, aus diesem Reich einen geordneten Staat zu machen. Diese Reformen stehen zum Teil im Gegensatz zu der Lehre Abdul Wahabs, die die religiöse Grundlage des Wahabismus bildet und alles aufs schärfste bekämpft, was geeignet ist, gegen die Vorschriften Mohammeds zu verstossen und den Menschen von der Befolgung dieser Vorschriften und in ihnen verankerten religiösen Pflichten abzulösen. Daneben aber scheinen bei den Unruhen in Arabien auch äußere Einflüsse eine erhebliche Rolle zu spielen. Diese Einflüsse dürften in erster Linie wohl von den beiden früheren Herrschern im Hedjaz, König Hussein und dessen Sohne König Ali, ausgehen, die beide im Jahre 1925 von Ibn Saud gefürchtet wurden und seit dieser Zeit auf Europa beziehungsweise in Bagdad in der Verbannung leben. Beide warten nur darauf, den Königshof von Mecca und Medina wiederzufestigen zu können, und sie sehen eine günstige Gelegenheit hierzu bekommen.

Diese Unruhen Ibn Saus gefährden die Herrschaft der beiden Könige Faisal und Abdulla im Irak und in Transjordanien, mit denen Ibn Saud, da sie ebenfalls Söhne des früheren Königs Hussein sind, auch persönlich verbündet ist. Sie bedrohen gleichzeitig damit aber auch eine der wichtigsten Grundlagen der englischen Machtstellung im nahen Orient angehörend der Rolle, die Arabien als Ganzes dank seiner geographischen Lage in dem englischen Verstreut spielt, über Arabien hinweg die Landbrücke zu schlagen zwischen den englischen Besitzungen in Afrika und Indien, sowie der Bedeutung, die die mesopotamischen Ölreserven für England haben. Die englische Politik hat ihnen jedoch zunächst durch Verhandlungen mit Ibn Saud entgegengetreten und verachtet hierbei anfangs auch Erfolg gehabt. Das Ergebnis der Verhandlungen war der bekannte Vertrag von Djidda vom Sommer 1927, in dem sich Ibn Saud verpflichtete, gegen die englischen Mandatsgebiete Irak und Transjordanien und die unter englischem Protektorat stehenden arabischen Fürstentümern an der Wehrkraft des Persischen Golfs keine Angriffe zu unternehmen und die Regelung der Frage der Souveränität der Städte Maan und Alaba einem späteren Zeitpunkt zu überlassen, die Könige Hussein kurz vor seinem Sturz auf englisches Dienst hin an Transjordanien abgetreten hatte, von Ibn Saud aber als frühere Bestandteile des Hedjazs zu verlangen.

Dieser Vertrag wurde jedoch hinfällig, als der Irak, um den innerarabischen Stämmen den Zugriff zu den Weldenplätzen am unteren Euphrat zu verprellen, entgegen einem im Dezember 1922 mit dem Hedjaz abgeschlossenen Abkommen bestätigte Stützpunkte an der Grenze gegen Innerarabischen zu anlegen und als Antwort hierauf im Winter 1927/28 die vorhergehenden Wababieneinfälle nach dem Irak und nach Transjordanien erfolgten. England verachtete es mit neuen Verhandlungen. Sie fanden im Mai und August vorigen Jahres in Djidda statt, verließen diesmal aber ergebnislos. Ibn Saud bestand auf Rückgabe der Gebiete von Maan und Alaba sowie auf Belebung der Befestigungen, zumal diese den englischen Flieger- und Panzerwageneinheiten als Stützpunkte für Unternehmungen gegen die in den Irak eingefallenen Wababienshämme geboten hatten.



Die politische Lage in Arabien wird noch komplizierter durch die Tatfrage, doch sich in den letzten Tagen die Wahhabitenfamilie in den Irak wiederherhaben, dann aber vor allen Dingen durch die Regierungstrüne im Irak. Sie hat ihren Grund in dem Unwohlsein der nationalistischen Bewegung im Irak und dem Befreien desselben, sich aus der englischen Domherrschaft zu befreien. Dieses Befreien zeigt sich in den verschiedenen Forderungen des Irak an England, deren wesentliche auf die Annahme der Autonomie des Irak in den Völkerbund und die Zurückziehung der im Lande befindlichen englischen Streitkräfte, zum mindesten aber deren Unterstellung unter iratisches Kommando hinauslaufen. England lebt dies alles ab. Es macht dabei nicht mit Unrecht geltend, daß der Irak gar nicht in der Lage sei, die Verantwortung für seine Verteidigung zu übernehmen und verlangt darüber hinaus heimisches, daß der Irak sämtliche Kosten trage, die die Stationierung der englischen Streitkräfte und die Dernierung der englischen Streitkräfte in Mesopotamien England verursache. Da eine Einigung mit England nicht zu erreichen war, ist das Bagdad-Kabinett am 24. Januar zurückgetreten. Der Rücktritt erfolgte auf Druck der iratischen Nationalisten und hat, da sich diese weigern, die Regierung zu übernehmen, andererseits aber jede

Regierung ablehnen, die nicht ihren Forderungen Rechnung trage, im Irak zu einer ähnlichen Lage geführt wie seither in Ägypten. König Faisal hat den iratischen Gesandten in London, Djafer Pasha, der als früherer Ministerpräsident bei der Errichtung des iratischen Staates eine bedeutende Rolle gespielt hat, nach Bagdad berufen. Er scheint sich mit dem Gedanken zu tragen, mit dessen Hilfe wie in Ägypten die Verfolgung unher Kraft und an ihre Stelle die Diktatur zu setzen. Das aber wäre wiederum Waffen auf die Mühlen. Ibn Saud, der, wenn er auch bei seinen eigenen Wahhabiten zur Zeit mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen hat, sich bei den Beduinenstämme des Irak und Transjordanens zunehmender Beliebtheit erfreut und von diesen als Befreier Arabiens aus seiner jüngsten Fremdherrschaft angesehen wird.

Die politischen Verhältnisse in Arabien sind bisher nicht so sehr hervortreten, wie die Unruhen in Afghanistan, die viele von diesen überflutet wurden. Das aber wird sich schon in allernächstster Zeit vermutlich ändern, nachdem die Lage in Afghanistan eine Entwicklung genommen hat, mit der die englische Politik wohl zufrieden sein kann.

Hans Rohde.

## Blick in die Bücher

**Wirtschaftsdemokratie. Ihr Wesen, Weg und Ziel.** Herausgegeben im Auftrage des Allgemeinen Deutschen Gewerkschafts-Bundes von Erich Naphtali. Berlin 1928. Verlagsgesellschaft des A. D. G. B.

Dieses Buch ist im Auftrag der freien Gewerkschaften und im Sinne der Sozialdemokratischen Partei geschrieben; es stellt also das wirtschaftspolitische Bekenntnis einer politischen Gruppe dar und darf daher an dieser Stelle weder zustimmen noch ablehnen, sondern nur berichtigend betreut werden. Es ist aber andererseits für Sozialisten und Nichtsozialisten gleich wichtig, die Ausschauungen dieses Bundes, der mit seinen 7 Millionen Mitgliedern einen großen Teil der deutschen Arbeiter in sich schließt, kennenzulernen, da eine wahre Volksgemeinschaft, die wie in diesen Jahren dringend braucht, nur auf einer intensiven Kenntnis der politischen Freunde und Gegner beruhen kann.

Der Anfang des Kampfes um die Wirtschaftsdemokratie ist die Erkenntnis, daß jede wirtschaftliche Tätigkeit nicht nur dem persönlichen Interesse, sondern auch dem der Gesellschaft dient. Diese Erkenntnis ist weder sozialistisch noch allzu neu. Schon vor dem Kriege zogen Reich, Länder und Gemeinden die Konsequenzen dieses Satzes, als sie lebenswichtige Betriebe (Gas, Wasser, Verkehrsbetriebe) verstaatlichten. Der Sinn dieser Handlungen ist ja klar: Solche lebensnotwendigen Betriebe müssen der Wirtschaft einzelner Personen entzogen werden. Der Ausbau dieser öffentlichen Wirtschaft ist ein Weg zur Wirtschaftsdemokratie. Die Selbstverwaltungsbörse der Wirtschaft (Reichsobmann u. a.), die Konsumgenossenschaften, die Reichsbetriebe (Bauern u. a.) sind andere Wege. Denn ebensoviel wie die Ziele der Wirtschaftsdemokratie ganz klar und eindeutig bestimmbar sind, ebensoviel sind die Wege festgelegt und ausgefahrt. Aber alle Wege sollen in das eine Ziel münden: Aufhebung des Besitzprivileis.

Das außerordentlich gründliche und fachliche Buch befähigt außer dieser Hauptfrage noch die Stellung der Gewerkschaften im Staat, die Demokratisierung des Arbeitsmarktes, des Bildungswesens und zeigt zuletzt die Gegenwartsforderungen für die Wirtschaftsdemokratie zusammen. Es ist natürlich ein einheitliches Buch und macht auch nie eine Hehl daraus; notwendig ist aber,

dass es auch von Nichtsozialisten gelesen und durchdacht wird, damit aus einer Gemeinschaftsarbeit aller Deutschen die neue Wirtschaft entsteht, die wir bitter nötig haben.

**Gothaisches Jahrbuch für Diplomatie, Verwaltung und Wirtschaft.** 16. Jahrgang 1929. Justus Perthes, Gotha. 796 S. Pr. 24 M.

Dieses Nachschlagewerk ist wieder in seinem alten Gewande erschienen. Es gibt kein Staatswesen der Erde, über dessen politische Organisation, Ausdehnung und wirtschaftliche Bedeutung es nicht genauer Auskunft gäbe. Nach einem festen Schema werden genaue Angaben über alle Gebiete des politischen Lebens der einzelnen Staaten gemacht: Verfassung, Regierung, Behörden, diplomatische Corps und Vertretungen, politischer Machterreich, Fläche und Bevölkerung, öffentlicher Haushalt, Erzeugung, Handel, Verkehr, Heer. Dazu kommen noch die außerordentlich verdienstlichen Angaben über den Volksbernd und die verschiedenen zwischenstaatlichen Korporationen und Ausschüsse, die in der modernen Politik eine Rolle spielen. Man muß staunen und geradezu Respekt haben vor der geistigen Leistung, die in diesem vorbildlichen Werke steht. Mag eine Frage gestellt werden, nach legendärer diplomatischer Vertretung z. B. in Wladivoftos, nach der Zusammensetzung des Kardinalskollegiums, nach dem Handel von Haiti und seiner Zusammenfassung in einzelnen, nach der Nationalalbey der Japaner, nach der Nationalitätenverteilung in Lettland, nach den Deutschen ausstellungen Perthsens, nach den deutschen Zeitungen in der Republik der Wogadutschens – jede dieser Fragen, ja jede beliebige Auskunft über Tatjachen des politischen Lebens der Staaten der Erde wird hier ertheilt.

Das Jahrbuch ist und bleibt ein Konversationslexikon der internationalen Staatenpolitik im Handformat. Wir möchten ihm eine immer weitere Verbreitung wünschen sowohl in den Redaktionen wie bei den Behörden, den wirtschaftlichen Büros der Einzelfirmen wie der großen Verbände. Dort überall gedottet es zum täglichen Handwerkszeug. Dies vorbildliche deutsche Unternehmen verdient auch aus nationalen Gründen nachherstädtische Unterstützung durch weitere Verbreitung.

8

## Zum Tode Wilhelm von Bodes.

Die Gestalt Wilhelm von Bodes, des Generaldirektors der Berliner staatlichen Museen, war schon bei seinen Lebzeiten von Legenden umhüllt, wie die Gestalt irgend eines Großen vergangener Jahrhunderte. Unzählige Geschichten gingen über ihn um, Geschichten von seiner Klugheit, seiner Selbstbeherrschung, seinem überlegenen Wit, von seinem Temperament in seiner Arbeit, seinem Beruf, seinem Wissen für seine Museen. Die ganze Welt sah in diesem großen schlanken Hauptbaar, dem bis jetzt jahrelang noch blonden Schnurrbart und den hellen, hellen Augen hinter den Brillengläsern den ungetrockneten König nicht nur seiner Sammlungen, sondern des ganzen ungeheuren Bereichs der Kunst, des Kunsthändels, der Kunsts geschichte.

Wilhelm von Bode: das war nicht nur ein großer Kunsthistoriker und Museumsmeister; das war ein Mann von solchem Format, daß er allein als Mann, als menschliche Erscheinung, nicht

bloß durch seine Leistung, seine gelehrte und organisatorische Tätigkeit die Welt hypnotisierte. Sie umgab ihn mit Legenden wie einen König oder einen großen Kämpfer; sie stellte ihn auf einen Platz ganz für sich, und zwar die fremde Welt draußen genau so wie die deutsche. Mit Bode hat die gesamte europäische und außereuropäische Welt, die sich mit alter Kunst, ihrem Sammeln, ihrem Erkennen und Bekennen abgibt, ihre wesentliche Führerrolle verloren.

Man hat von Bode wohl gesagt, daß er recht der Museumsdirektor der wilhelminischen Zeit gewesen wäre. Richtiger ist zu sagen, daß er der rechte Führer der Berliner Museen in eben jener Zeit gewesen ist, die zum ersten und zugleich zum letztenmal die Möglichkeit bot, die Berliner Sammlungen aus ihrer preußischen Hülle herauszutreten, den alten großen Galerien im Reich gleichzustellen und ihnen darüber hinaus eine führende Stellung in den Reihen der europäischen und außereuropäischen Museen zu sichern. Wilhelm von Bode hatte das unerhörte Glück, als Beamter nicht

nur die ihm gemäße Stelle, sondern, was vielleicht noch viel wichtiger ist, die ihm gemäße Zeit zu finden. Er muss selbst irgendwo in sich ein Gefühl dafür gehabt haben, die selbstverständliche Sicherheit, mit der er eigentlich von Anbeginn seinen Weg gegangen ist, der absolute Glaube an sein Recht und seine Überlegenheit sprachlos lässt. Und ebenso spricht dafür die Befestigkeit, mit der dieser Mann Zeit seines Lebens für die ihm unterstellten Sammlungen gearbeitet, zusammengebracht, gewirkt hat. Es war, als ob er das Gefühl hatte, dass er allein, allein in diesen Jahren, in die sein Leben fiel, noch umkämpfte war, die Aufgabe, die er sich selbst gestellt hatte, zu lösen, das große Ziel seines Ehrgeizes zu erreichen und die Europäisierung der alten preußischen Sammlungen zu vollbringen. Die Jahre des aufsteigenden Kaiserreiches, die ersten Jahrzehnte, in denen in Deutschland seit Jahrhunderten wieder einmal so etwas wie Reichtum zu wachsen begann und Bodes fruchtbare Jahre fielen zusammen; es war als ob dieses glückhafte Schicksal empfand, als ob er ahnte, dass er der letzte war, der erste und der letzte, dem dies uteil wurde, und nun mit all seiner Vitalität, mit all seinem Elan, seinem hellen, filigranen Geist am das Werk heranging.

Wie groß die Leistung, wie gewaltig dieses Werk im Lauf der mehr als vier Decennien, die Bode an den Berliner Museen wirkte, geworden ist, überlassen heute die wenigen. Das Schicksal jorderte den Tribut von ihm, dass es ihm die Vollendung seines zweiten größeren Museumsbaus, des Deutschen Museums, nicht mehr erleben ließ. Es liegt kein Grund vor, deswegen von Tragik in seinem Leben zu sprechen. Wer lebt leidet, sowohl Erfolg, sowohl Anerkennung und Würden mit heimbringen konnte und wer überdies der Welt und dem Leben so überlegen gegenüberstand wie Wilhelm von Bode, für den paßt der Begriff Tragik schlecht. Es ist aber Tatsache, daß, wenn man von den Eingeweihten absieht, den ganzen Umfang der Arbeit, die teils er selbst geleistet hat, und die teils unter seiner Führung von anderen geleistet worden ist, heute nie-

mand recht abzuschätzen vermag. Es würde ein großes Erstaunen geben, wenn allein das Kaiser-Friedrich-Museum einmal, wie man vorschlagen hat, all die Werke in einigen Sälen zur Ausstellung vereinigen würde, die unter Bodes Herrschaft dorthin gekommen sind. Genau so würde es in den Sammlungen des Deutschen Museums bei den christlichen Altertümern gehen, bei denen der Doctor Wilhelm Bode einige Jahre seine Laufbahn bei den Berliner Museen begann, bevor man ihm die Gemäldegalerie in die Hand gab. Und als drittes wäre das Alte Museum hinzu, das er für sein Leben gern drannten in Dämmen geschafft hätte, wo Bruno Pauls Museumsbau heute als trauriger Torso steht, während die Schäbe, die dort ihre Aufstellung finden sollten, zum großen Teil noch in Kisten und Kästen der Auferstehung darren.

Die ganzen Berliner Museen haben, solange Bode ihr Generaldirektor war, große Zeit gehabt. Sie sind alle über ihre alten Grenzen hinausgewachsen und haben Dimensionen angenommen, die ihre uralten Formen eigentlich weit überschreiten. Man kann ohne Übertreibung sagen, dass heute kaum einer, der nicht vom Bau ist, eine Vorstellung von dem hat, was die Berliner Museen eigentlich besitzen und was sie während Bodes Herrschaft zusammengebracht haben. Vom Pergamon-Altar bis zu den Schätzen des Völkerkundemuseums, von den ostasiatischen Kostbarkeiten bis zu den alten deutschen Plastiken sind ungeheure Reichtümer heute unzugänglich, weil der Platz für sie fehlt, weil die alten Räume überquellen, neue teils noch nicht fertig, teils nicht befahrbare sind. Wilhelm von Bode hat seinem Orden ein Reich hinterlassen, an dessen Aufbau und Ordnung nicht bloß die nächste Generation zu tun haben wird. Er hätte es sicher gerne noch selber aufgebaut und daneben noch mehr Material für ein paar neue Reiche hingeworben; er konnte sich mit dem Bewußtsein, zur Ruhe zu legen, sowohl zu hinterlassen, doch später Kommande das kaum als Ergebnis nur eines Lebens ansehen werden.

Paul Fichter.



Berliner Illustrations-Gesellschaft m. b. H.

## Geschäftliche Mitteilungen.

### Ein technisches Wunder!

Niedermann kann, auch ohne Notenkenntniß, mit Spielflappern (mit 39 Akkorden), sofort vierstimmig Harmonium spielen. Das Harmonium ist das für gute Hausmusik geeignete Instrument und jedens erstaunlichsten, sowie gebrauchte Harmoniums in jeder Preisstufe. Auf Wunsch bekannte Zahlweise. Wie verweisen unsere Leser auf die Anzeige der bekannten Firma: Harmoniumhaus Berlin, Lützowstraße 68, in heutiger Nummer.

*Gratulat  
genuaßlichste  
Möbel-Auswahl!*

in sechs Fabrikgebäuden ca. 800 Zimmer, 200 Küchen, zahllose Einzelmöbel, moderne Muster, gediegene Qualität, alle Preislagen.

Pastore: Kleinstühle, Flügelschränke  
Zwischenstock: Klubsessel, Polstermöbel  
I. Stockwerk: Wohn-Zimmer-Einrichtungen  
II. Stockwerk: Speise-Zimmer-Einrichtungen  
III. Stockwerk: Herren-Zimmer-Einrichtungen  
IV. Stockwerk: Schlaf-Zimmer-Einrichtungen  
V. Stockwerk: Küchen-Einrichtungen  
Tiefgeschoss: Gelegenheitsmöbel

### F a h r s t u h l

Zwanglose Besichtigung — wie im Warenhaus, Fachgemäße Beratung — ohne Kaufverpflichtung, Großes Musterbuch gern gratis. 5% Sonder-Rabatt

**Höffner**  
Veteranenstraße 12/13 H  
(Verlängerter Invalidenstr.)

## Wochen voll Sonne und voller Erlebnis

Auf der

### MITTELMEERFAHRT

des M.-S.-"MONTE CERVANTES"

sehen Sie

Italien, Spanien

### WELTAUSSTELLUNG

Barcelona,

Algier, Marokko

### FAHRPREIS VON RM. 240 AN

25. Mai ab Genua über Barcelona, Mallorca, Algier, Ceuta, Tétouan, Cádiz, Sevilla, Lissabon, Vigo - 10. Juni in Hamburg

KOSTENLOSE AUSKUNFT UND DRUCKSACHEN DURCH DIE

HAMBURG-SUDAMERIKANISCHE  
DAMPFSCHIFFFAHRTS-GESELLSCHAFT  
HAMBURG 8. HOLZBRÜCKE 8

sowie durch die bekannten  
Vertretungen u. Reisebüros.



